

SCHWEIZER REVUE



Die Zeitschrift für Auslandschweizer
Januar 2017

**Berufslehre im Fokus:
Das Schweizer System als Exportschlager**

**Zoff um Grenzgänger:
Der umstrittene Inländervorrang im Tessin**

**Ein Ort aus dem Bilderbuch:
Morcote, das «schönste Dorf der Schweiz»**

Im 2017 wählen die Auslandschweizer ihre Ratsmitglieder.

*Wen hätten Sie gerne als Ihre Vertreter im Auslandschweizerrat?
Und wer sind die Kandidaten in Ihrem Land?*

*Informationen für Wähler, Kandidaten und Schweizervereine
finden Sie in dieser Ausgabe der «Schweizer Revue» und auf
www.aso.ch.*

*Nehmen Sie jetzt an der Diskussion auf unserem Netzwerk
SwissCommunity.org teil.*



SwissCommunity.org

Die Plattform für Auslandschweizer

SwissCommunity.org ist ein Netzwerk der Auslandschweizer-Organisation (ASO)

SwissCommunity-Partner:

Schweiz Tourismus.



Swiss Travel System.



SWISSCARE

SWI swissinfo.ch

- 5 Briefkasten
- 6 Schwerpunkt
Das duale Bildungssystem der Schweiz
als Vorbild
- 10 Politik
Abstimmungsvorlagen vom 12. Februar
Die Atomkraft-Abstimmung vom November
Doris Leuthard, die neue Bundespräsidentin
Irritationen um den Tessiner Inländervorrang
Eine Wahl ohne 7528 Ausland-Basler
- Nachrichten aus aller Welt
- 17 Gesellschaft
Bettler in der Romandie
- 19 Sport
St. Moritz und die Ski-Weltmeisterschaft
- 22 Kultur
Lucienne Fontannaz: Schweizer Berge
aus Sydney
- 23 Literaturserie
Orlando Sprengs Heimkehrerroman von 1941
- 24 ASO-Informationen
- 26 news.admin.ch
- 28 Gesehen
Schweizer Grafiker in Paris
- 30 Gelesen
Rudolf Wyder: «Globale Schweiz»
- 30 Gehört
Adrian Stern: «Chumm mir singed...»
- 31 Herausgepickt
- 31 Echo

Rechtspopulisten im Aufwind



Wie lautet das Unwort des vergangenen Jahres? Die Begriffe «Establishment» und «Elite» sind heisse Kandidaten. Beide Ausdrücke wurden inflationär in die Runde geworfen, sobald von angeblichen politischen Missständen und dem grossen Misstrauen des kleinen Mannes die Rede war. Die Rechtspopulisten bedienten sich dieser Schlagwörter auf der Suche nach Schuldigen für ihren Groll im Namen der Vergessenen

und Vernachlässigten.

In der gesamten westlichen Welt, etwa in Frankreich, Deutschland, Ungarn, Finnland oder Österreich, wurden die Rechtspopulisten im vergangenen Jahr immer gehässiger. Und sie bekamen in Wahlen und Umfragen Recht. Während sich die Gemässigten ungläubig die Augen rieben, verspürten jene Aufwind, die gegen Flüchtlinge und Ausländer und – eben – gegen die Elite und das Establishment wetteten.

Das war in der Schweiz nicht anders. Als der Aufstieg der Populisten mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA im November einen unerwarteten Höhepunkt erreichte, genossen seine Schweizer Brüder im Geiste den Triumph, als wäre er der ihrige gewesen. Dabei konnten sie ihre Freude – oder Schadenfreude – über die Wahl des New Yorker Milliardärs, der über Frauen, Mexikaner und Schwule gleichermassen herzieht, kaum verbergen. Sie bezeichneten den Wahlausgang als schallende Klatsche des Volkes an das «Establishment». Und sie versuchten, den populistischen Schwung aus Übersee aufzunehmen und die Stimmung eins zu eins auf die Schweiz zu übertragen, was natürlich hanebüchen ist. Denn während der verarmte untere Mittelstand in den USA vor sich hindarbt und sich die städtische Elite tatsächlich zum Feindbild gemacht hat, lässt sich die von der Rechten heraufbeschworene Wut des Volkes hierzulande weniger nachvollziehen. Natürlich gibt es auch in der Schweiz Menschen, die unterprivilegiert und zu Recht unzufrieden sind. Im Vergleich zu den USA ist das soziale Gefälle jedoch klein. Die Arbeitslosigkeit ist mit etwas über drei Prozent gering. Die allgemeine Zufriedenheit und das Vertrauen in die Instanzen wie die Gerichtsbarkeit sind laut repräsentativen Studien hoch.

Wo ist sie also, die brodelnde Wut des Schweizer Volkes? Und worauf sollte sie letztlich gründen? Und wer ist überhaupt das «Volk», das die Rechtspopulisten beharrlich für sich beanspruchen? Und wer ist in der Schweiz dieses Establishment, dem man derart misstrauen soll?

Tatsache ist: Der Schweiz geht es im Vergleich zu den Nachbarstaaten auch 2017 sehr gut. Der Nährboden für den Rechtspopulismus dürfte hierzulande deshalb dünner bleiben als in Ländern wie Frankreich oder Deutschland, wo Polemiker wie Marine Le Pen oder Frauke Petry nach der Macht greifen.

MARKO LEHTINEN, CHEFREDAKTOR

Titelbild:
Berufsstelle in der Schweiz – Schweißen der Anschlüsse eines
Thermoelements mit einem Microwelding-Brenner. (Foto Keystone)

Internationale Kranken- und Unfallversicherung

- Nach Schweizer Modell
- Privater Versicherungsschutz lebenslang
- Freie Arzt- und Spitalwahl weltweit

Ausserdem:

- Internationale Erwerbsausfallversicherung
- Internationale Pensionskasse

Individuelle Lösungen für:

- Auslandschweizer
- Auswanderer aller Nationalitäten
- Kurzzeit-Entsandte / Local Hire



Kontaktieren Sie uns!

Tel: +41 (0)43 399 89 89

www.asn.ch

ASN, Advisory Services Network AG
Bederstrasse 51
CH-8027 Zürich
info@asn.ch



SWISSCARE

Online Internationale Krankenversicherung

www.swisscare.com

+41 26 309 20 40

Terre d'aventure.



Jedes Kind dieser Welt hat das Recht, Kind zu sein. Ganz einfach.



Terre des hommes
Kinderhilfe weltweit. tdh.ch

MIET-PW, MIET-Camper, MIET-4x4

Ilgauto ag, 8500 Frauenfeld

200 Autos, 40 Modelle, ab Fr. 500.-/MT inkl. 2000Km



Tel. 0041 52 7203060 / www.ilgauto.ch

Internationale Krankenversicherungen

Umfassende, weltweite Deckung u. unbeschränkte Arzt- und Spitalwahl

**SIP SWISS INSURANCE
PARTNERS®**

Tel. +41 44 266 61 11
info@sip.ch

Kompetenz. Erfahrung. Unabhängige Beratung.

www.sip.ch



LogoWatches.EU, ein Unternehmen der S.M.I. Merchandising GmbH (in Schweizer Besitz), ist ein Produzent von Armband- und Wanduhren zu Werbezwecken für Sportclubs, Firmen etc. Für den Ausbau unseres Vertriebsnetzes in Ländern der Kontinente Europa, Australien, Asien und Afrika **suchen wir Selbständige Handelspartner**. Weitere Informationen unter www.logowatches.eu, Bewerbung an careers@logowatches.eu, T: +41 797844911

Eine schwindende Idylle. Der letzte Milchbauer im Dorf



Es ist Bauer Burren anzuraten, sich angesichts der kaum endenden Milchschwemme weitergehende strategische Gedanken zu machen. Es stehen verschiedene Wege offen, der eine wäre eine Verbindung der Milchwirtschaft mit touristischer Orientierung. Denn jeder, der in die Alpen fährt, freut sich heute über die Idee, durch Agrotourismus zum Direktkunden zu werden.

WILHELM TSCHOL, DEUTSCHLAND

Wenn der Liter Milch im Laden nur einen Franken kostet, kann niemand erwarten, dass überhaupt jemand einen Gewinn machen kann. Es ist eine Schande, dass die Regierung die Preise nicht heraufsetzt und an der Grenze den Zoll nicht erhöht. Ist es nicht die Aufgabe der Regierung, unser Land und die Bürger zu beschützen? In Amerika gibts den Walmart, der auf der gleichen Basis operiert wie die EU: Drück den Preis lange genug und die kleine Konkurrenz wird den Laden bald schliessen! Ich hoffe, dass die kleinen Schweizer Bauern einen Weg finden, um ihre Lebensweise und die gesunde Tierhaltung weiterführen zu können. Es muss doch etwas geben, um dem ganzen Schlamassel beizukommen! Und ich hoffe, dass die Bevölkerung realisiert, was sie verlieren wird, wenn sie nicht beginnt, die lokale Wirtschaft und die lokalen Bauern zu unterstützen.

E. KUNKLER, KANADA

In Frankreich sind die Milchproduzenten in derselben Situation, was bereits für viele Dramen gesorgt hat. Wer mithilfe von Vereinigungen wie der AMAP zum System «vom Produzenten direkt zum Konsumenten» zurückkehrt, kann sich am besten behaupten. Ich bin sicher, dass auch in der Schweiz der Moment kommen wird, in dem sich diese Lösung bewähren kann. Viel Erfolg!

BARBARA DEMOULIN, FRANKREICH

Wir wohnen einen Teil des Jahres in Brugnasco bei Airolo. Das Dorf hat nur noch einen Bauern, und wir kaufen unsere Milch direkt vom Hof – für einen Franken pro Liter. Vielleicht bilden wir es uns nur ein, aber wir finden diese Milch sehr viel besser als beispielsweise die Biomilch vom Coop. Letzten Sommer konnten wir es kaum erwarten, bis die Kühe von der Alp zurückkamen. Was ich nicht verstehe, ist, warum solche Milch nicht ein Gütezeugnis erhält, wofür Leute wie wir auch bereit wären, mehr zu bezahlen. Warum geben wir für ein gutes Bier zwei Franken und für guten Wein 20 Franken aus, für qualitativ hochstehende Milch aber nur einen Franken?

DIETER SCHELLING, SCHWEIZ

Eine explosives Geschäft. Schweizer Waffenexporte unter Beschuss



Meiner Meinung nach widerspricht jeglicher Waffenexport der Schweizer Neutralität und den humanitären Grundsätzen. Wenn ich dann noch zu lesen bekomme, welche kleinen Prozentsatz diese Exportgüter ausmachen, bin ich

mehr als nur perplex, dass diesem Exportzweig eine so hohe Wichtigkeit beigemessen wird. Ich persönlich lehne den Waffenexport generell ab. RENATA NEUWEILER, GRIECHENLAND

Chantal Galladé vertritt eine interessante Ansicht. Doch leider erwähnt sie nicht die allgemeine Verlogenheit in Bezug auf die wirtschaftlichen Aktivitäten der Schweiz auf dem internationalen Parkett und deren unmittelbare Auswirkungen auf die Bevölkerung der krisengeschüttelten Länder. «Geschäfte, an denen Blut klebt, sind der humanitären Schweiz unwürdig und nicht akzeptabel.» Dann wünschen wir von Frau Galladé ein stärkeres Engagement gegen die eigentlichen kriminellen Aktivitäten, die von der Schweiz aus gesteuert werden und die wirklichen Gründe für das Blutvergiessen sind: der Ölhandel, die Agrochemie, die Bankgeschäfte an den Finanzplätzen Genf und Zürich und so weiter.

ALEXANDRE MEDAWAR, LIBANON

ASR-Wahlen 2017

In der letzten Ausgabe der Schweizer Revue hat es in Zusammenhang mit dem Artikel «Wählen Sie den neuen Auslandschweizererrat» (ASR) Unklarheiten gegeben: Die Antworten zu den Fragen «Wie und durch wen werden die Delegierten im Ausland gewählt?» und «Wer kann im Ausland wählen?» führten zu Missverständnissen.

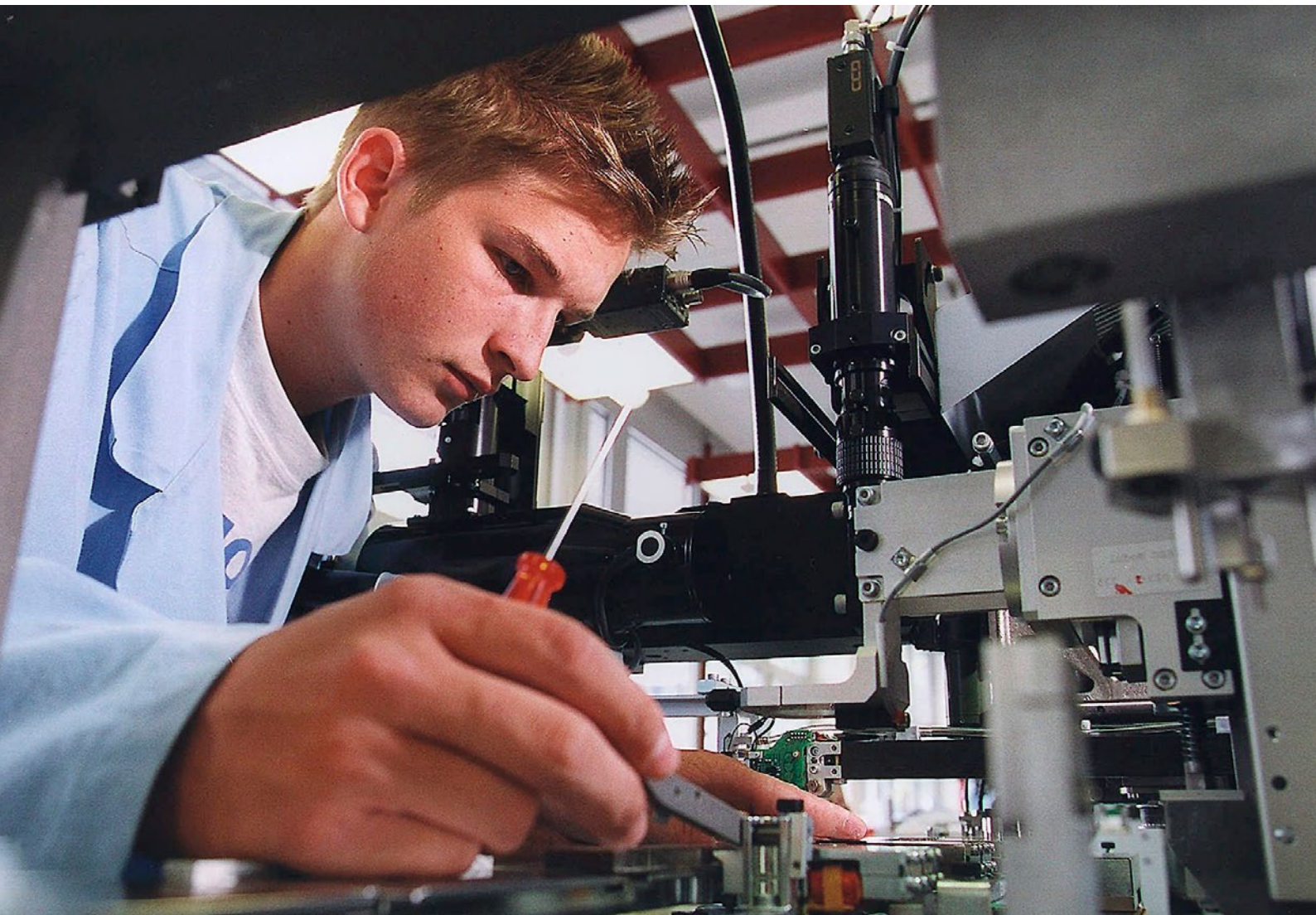
Die Situation ist die folgende: Die Dachorganisationen in den verschiedenen Ländern wählen die Auslandsdelegierten oder, wo diese fehlen, die Schweizervereine. Beide können den Kreis der wählenden Personen auf Nichtvereinsmitglieder erweitern. In diesem Fall können die Vereine bei Bedarf eine Direktwahl – per Post oder elektronisch – organisieren. Die Mitgliedschaft in einem Schweizerverein ist also nicht unbedingt zwingend, wenn diese von den mit der Wahl beauftragten Organisationen nicht verlangt wird.

Zudem möchten wir hier erwähnen, dass der Auslandschweizererrat an seiner letzten Sitzung in Bezug auf die Wählerschaft folgende Empfehlung in den Richtlinien aufgenommen hat: «Der ASR empfiehlt, alle Auslandschweizer, die im Stimmregister eingetragen sind, zu den Wahlen zuzulassen.» Es handelt sich um eine Empfehlung, die die Vereine umsetzen können, wenn sie es wünschen, sie ist aber nicht zwingend. Der ASR hat damit einen Schritt in Richtung Öffnung der Wählerbasis ermöglichen wollen. Die Vereine bleiben aber frei, im Rahmen der Richtlinien zu bestimmen, wer an den Wahlen teilnehmen kann.

Die Richtlinien sowie weitere Informationen zu den Wahlen finden Sie unter: <http://aso.ch/de/politik/asrwahlen-2017>.

Wie die Schweiz ihren Handwerkerstolz exportiert

Sie verbindet Praxis und Theorie einmalig gut, führt zu enorm tiefer Arbeitslosigkeit – und gilt als Exportschlager: Die Berufslehre nach Schweizer Muster dient zahlreichen Ländern als Vorlage für ihr eigenes Bildungswesen. Dabei lässt sich das Modell gar nicht so ohne Weiteres exportieren.



MARC LETTAU

Etwas Handfestes muss es sein: So lautete in den frühen 1960er-Jahren die Devise, als die Schweiz begann, staatliche Entwicklungshilfe zu leisten. Mit «handfest» war gemeint: Hunger und Armut in der Welt seien zu beheben, dies aber mit griffigen Projekten, die zugleich typisch schweizerisches, praxisorientiertes Wissen und Können und somit auch den Schweizer Wertekanon vermitteln. Die Schweiz tat als

Land der Berge, Kühe und fähigen Käsermeister dabei das Naheliegende: So schwärmten schweizerische Entwicklungshelfer etwa in die peruanischen Anden aus und schulten in eigens dafür erstellten Käsereien verarmte Bergbauern. Zuvor hatten nichtstaatliche Entwicklungshelfer aus der Schweiz in der Bergwelt Nepals das Gleiche getan. Peru und Nepal stehen für die Idee, über die Vermittlung von beruflichem Know-how eine breite Ent-

Die Berufslehre hat in der Schweiz einen sehr hohen Stellenwert. In vielen anderen Ländern ist das Prestige der praktischen Ausbildung geringer. Foto Keystone

wicklung anzuschieben, Bedürftigen zu Beschäftigung zu verhelfen und deren Ernährung – der guten Milch sei Dank – zu verbessern.

Selbstverständlich war das Erreichte nicht gar so perfekt wie das Erhoffte. Aber der «Export» der Schweizer Berufslehre ist seither ein Dauerthema. Der Katalog schweizerischer Berufsbildungsprojekte ist lang, führt über Bolivien, Burkina Faso, Ghana, Indien, Indonesien, Myanmar und zahlreiche weitere Länder bis zurück nach Nepal, dem Land der ersten Gehversuche: Heute hilft die Schweiz dort Lehrgänge etablieren, die berufsbegleitet besucht werden können.

Die Reputation des schweizerischen Berufsbildungssystems beeindruckt selbst grosse Industrienationen. 2015 haben die USA mit der Schweiz ein Abkommen zur Berufsbildung unterzeichnet. Die USA wollen erfahren, warum es der Schweiz so gut gelingt, die von der Wirtschaft gewünschten Berufsleute hervorzubringen. Suzi LeVine, US-Botschafterin in Bern, findet es «faszinierend», wie in der Schweiz das Zusammenspiel zwischen den Unternehmen und staatlichen Berufsschulen funktioniert.

Zwei Drittel wählen eine Lehre

Wer sich darüber gar nicht wundert, sind die Schweizer Berufsleute. Das Prestige der Berufslehre ist in der Schweiz nämlich sehr hoch. Zwei Drittel aller jungen Schweizerinnen und Schweizer entscheiden sich für eine Lehre und somit gegen das prä-akademische Dauersitzen in einem Gymnasium. Sie tun dies, weil die Berufslehre als unbestrittene Erfolgsgeschichte gilt. Denn: Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist dank der gut ausgebildeten Fachkräfte im Lande gut – und die Berufslehre ist wohl der zentrale Grund für die tiefe Jugendarbeitslosigkeit. Es werden keine «chômeur diplômé» produziert, keine Arbeitslosen mit Uniabschluss.

Während die Arbeitslosigkeit im europäischen Mittel bei zehn Prozent liegt, sind es in der Schweiz rund 3,3 Prozent. Die demütigende Erfahrung, keine Rolle im beruflichen Alltag zu finden, ist jungen Erwachsenen in der Schweiz grossmehrerheitlich fremd.

Dieses Ergebnis ist verblüffend, zumal die Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) regelmässig Kritik am Schweizer Bildungssystem übt. In keinem anderen europäischen Land sei die Maturitätsquote geringer, beklagt sie etwa. Während im europäischen Mittel deutlich über 60 Prozent aller Jugendlichen eine gymnasiale Ausbildung durchlaufen und sich danach an einer Universität immatrikulieren, sind es in der Schweiz nur 20 Prozent. Diese vermeintliche Ferne zur akademischen Welt ist eine Folge des «Erfolgsprodukts»: Die Berufslehre nach Schweizer Muster ist in ein sehr durchlässiges Bildungssystem eingebettet, das alternative Wege hin zu höherer Ausbildung eröffnet. Ausnahmslos jeder Berufsabschluss bietet die Möglichkeit einer Folgeausbildung. So ist es heute in der Schweiz gang und gäbe, dass Jugendliche sich für eine Berufslehre entscheiden und entweder ausbildungsbegleitend oder während der ersten Jahre im Beruf eine Maturitätsprüfung ablegen. Diese «Berufsmatur» ebnet den Weg in Fachhochschulen und Universitäten. Rund 40 Prozent der heutigen Studierenden haben zunächst das praxisnahe, duale Berufsbildungssystem durchlaufen, Tendenz: steigend.

Verklärungstendenzen im Ausland

Tiefe Maturaquote, tiefe Jugendarbeitslosigkeit, kein nennenswerter Fachkräftemangel. Diese Eckpunkte erklären, warum sich das Schweizer Modell als Referenzobjekt hält. Im letzten Sommer ist mit Serbien eine weitere Nation dazugekommen, die das Modell übernehmen will. Viel wei-

ter ist Serbiens Nachbarland Bulgarien, wo eine temporeiche Reform der Berufsbildung angelaufen ist. Schweizer Bildungsfachleute reden im Fall Bulgariens von einer «vielversprechenden» Transformation. Solche Nachrichten können jedoch zur Verklärung verleiten. Die Erfahrungen der letzten gut 50 Jahre zeigen, dass der Übertragung des Berufsbildungsmodells Grenzen gesetzt sind. Eins zu eins lässt es sich praktisch nie übertragen. Anpassungen an die landestypischen Begebenheiten sind unerlässlich. Vor allem gilt es zu berücksichtigen, dass

Die duale Berufsausbildung

In einer dualen Berufsausbildung wird Fach- und Schulwissen parallel vermittelt. Die Lernenden arbeiten beispielsweise drei Tage die Woche in ihrem Lehrbetrieb und besuchen zwei Tage die Berufsfachschule, die auch allgemeinbildende Fächer unterrichtet. In der Schweiz setzen sich Bund, Kantone und die Organisationen der Arbeitswelt gemeinsam für die Berufsbildung ein. Die Wirtschaft ist somit nicht «Abnehmerin» ausgebildeter Fachkräfte, sondern wesentlich mitverantwortlich für deren Ausbildung. (mul)

die Berufsbildung à la Suisse de facto den Grundideen von Willensnation und Milizsystem folgt: Die Wirtschaft und die Lehrbetriebe zeigen viel Eigenverantwortung und der Staat schafft den notwendigen, stabilen gesetzlichen Rahmen. Solche Voraussetzungen sind gerade in Entwicklungsländern selten gegeben. Historisch betrachtet ist die Schweizer Berufslehre zudem über 200 Jahre hinweg gereift – ausgehend vom Zunftwesen, das die Handwerkskunst und den Handwerkerstolz hochhielt. Der Beruf war für Zünftler identitätsstiftend und Garant für gesellschaftliche Stellung. Das wirkt bis heute nach.

Zuweilen führt der handfeste Ansatz von einst – den Bauern in fernen Bergwelten das Käsen zu lehren – zur



LERNE POLYMECHANIKERIN,
WERDE ZAHNTECHNIKERIN.
PROFIS KOMMEN WEITER.

BERUFSBILDUNGPLUS.CH
Eine Initiative von Bund, Kantonen und Organisationen für Arbeitswelt.

Wenn in der Schweiz fürs duale Bildungssystem geworben wird, werden vorab die grossen Entwicklungschancen hervorgehoben.

überhöhten Darstellung des heutigen Schweizer Engagements zugunsten der Berufsbildung in Entwicklungs- und Transformationsländern. Inzwischen investiert die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) gerade noch vier Prozent ihrer Mittel in Berufsbildungsprojekte im engeren Sinn. Bei der Hilfe für die Länder Osteuropas ist es gar noch deutlich weniger. Der in Bildungs- und Entwicklungshilfefragen kundige Ökonom Rudolf Strahm kritisiert diese Entwicklung: Die Schweizer Entwicklungshilfe habe ihr ursprüngliches Konzept in diesem Bereich vernachlässigt. Sie verzettelt ihre Mittel heute

auf unzählige Länder und unzählige Themen. Experten unterschiedlicher Couleur teilen Strahms Kritik – oder erklären zumindest entschuldigend den Trend: Weltweit verschieben sich die Entwicklungsziele laufend. Mit den von der Schweiz mitgetragenen Millenniumszielen der Uno verschob sich etwa im Bereich Bildung der Fokus weg von der Berufsbildung hin zur Grundschule, zur Alphabetisierung. Die Überlegung dahinter ist nachvollziehbar: Das beste Berufsbildungssystem nützt wenig, wenn die unterprivilegierten Jugendlichen weder lesen noch schreiben lernen. Aber mittlerweile dreht sich der Wind wieder, denn die neue Uno-Agenda für nachhaltige Entwicklung hält die Staatengemeinschaft an, allen den Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Berufsbildung zu ebnet.

Werkzeug der Wirtschaftsdiplomatie

Die Schweiz überlässt den Bildungstransfer freilich nicht allein der Deza. Eine Anwältin für Berufsbildungsprojekte im Ausland ist inzwischen auch Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP). Sie will, dass in den Herkunftsländern von Asylsuchenden vermehrt in die Berufsbildung investiert wird. Weil die Armutsmigration zum Dauerphänomen geworden ist, dürfte dieser Ansatz künftig an Gewicht gewinnen. Den unermüdlichsten Promotor hat der «Exportschlager Berufsbildung» aber in der Person von Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Er hat die Berufsbildung zum Werkzeug der Schweizer Wirtschaftsdiplomatie gemacht. Die Zahl ausländischer Handelsdelegationen, die in der Schweiz das Berufsbildungssystem sehr genau unter die Lupe nehmen, nimmt laufend zu.

Ohne Dissonanz verläuft diese Offensive nicht. Justement Mauro Dell'Ambrogio, der Staatssekretär für Bildung, Forschung und Innovation,

erklärte Ende 2015 unverblümt, er kenne höchstens einige geglückte «punktuelle Experimente», aber kein Land, das eine duale Berufsbildung neu aufgebaut habe. Die «weltweite Bewunderung für das Schweizer Bildungssystem» sei verführerisch. Man ignoriere, dass die «inkompatible Anwendung des Modells» gar zu schädlichen Folgen führen könne, etwa dann, wenn ältere Arbeitnehmer unter dem Vorwand ihrer fehlenden Berufsbildung niedrigere Löhne hinnehmen müssten. Die Berufsbildung setze Prestige voraus, um attraktiv zu sein: «Prestige aber kann nur aus vorbildlichen Karrieren von Absolventen entstehen, und solche Beispiele hat man eben zu Beginn nicht.»

Das Prestige entscheidet

An Dell'Ambrogios Einspruch wurde kaum ein gutes Haar gelassen. Und doch pflichten ihm viele Experten im Kern bei: Der Erfolg einer Ausbildung ist ganz stark von deren Prestige abhängig. Während Schweizer Lehrlinge stolz auf die ihnen offenstehenden Bildungswege verweisen, sind in den Zielländern des «Bildungsexportes» die Vorbehalte gegenüber der praktischen Lehre oft enorm. Handwerk gilt als unterklassig und perspektivlos. An Illustrationsbeispielen für diese Sicht mangelt es nicht. Als die Caritas im Kosovo Berufsbildungsprojekte umsetzen wollte, hiessen die dortigen Behörden das Hilfswerk herzlich willkommen. Nur von Berufsbildung wollten die Behörden zunächst nichts wissen. Sie wünschten universitäre Lehrgänge. Die Caritas musste ihr Argumentarium zurechtbiegen und riet, einige Berufsausbildungen unter dem Image-Dach einer Universität zu führen.

MARC LETTAU IST REDAKTOR
DER SCHWEIZER REVUE

Bulgarien: Die Schweizer Lehre offeriert «alle Antworten und die besten Rezepte»

Die Berufsschule Thun hat regelmässig Gäste. Nach Delegationen aus Südkorea, Kambodscha, Kasachstan, Russland und Grönland sind es jetzt Gruppen aus Bulgarien, die Thun aufsuchen. Sofia schickt Firmenvertreter und Berufsschullehrer vor, die im Berner Oberland die Logik des verzahnten Schweizer Berufsbildungssystems verinnerlichen sollen, in welchem sich Berufsschulen, Branchenverbände und Staat gegenseitig ergänzen.

Heute stellen wir besorgt fest, dass die Jugendarbeitslosigkeit hoch ist und die Firmen gleichzeitig klagen, sie fänden keine kompetenten Fachkräfte.» Dieses Paradoxon – viele suchen Arbeit und viele sagten, sie fänden keine Arbeiter – ist die zentrale Triebkraft für die ans Schweizer Vorbild angelehnte Berufsbildungsreform.

Eine leidenschaftliche Anhängerin der Schweizer Berufslehre ist Bulgariens Botschafterin in Bern, Meglena

scheitert waren. Erst das Engagement der Schweiz habe «zur Riesenchance geführt, dass wir eine grundlegende Reform unseres Berufsbildungssystems anschieben können».

Auffällig ist, wie breit die Reform verankert wird. Einerseits werden Firmen direkt einbezogen. Andererseits zieht die höchste Regierungsebene mit. Bulgariens Staatspräsident Rosen Plevneliev setzte bis zu seinem kürzlich erfolgten Amtsende ganz dezidiert auf die Karte Berufslehre. Beim Staatsbesuch von 2014 in der Schweiz liess Plevneliev sogar den damaligen Bundespräsidenten Didier Burkhalter warten, weil er sich in Bern zuerst die Berufsschule ansehen und mit Lehrlingen reden wollte.

Kein Jahr nach diesem «Fauxpas» haben in Bulgarien erste Klassen von angehenden Möbelschreincern, Automobil-Mechatronikern, Elektronikern und Milchtechnologern ihre Ausbildung angefangen. 2017 werden für weitere Berufe die ersten Lehrlinge und Lehtöchter eingeschult. Durchgepaukt wurde auch eine Gesetzesreform, die es Jugendlichen überhaupt erst erlaubt, Lehrverträge einzugehen.

«Der Druck der Realität» habe zum hohen Reformtempo geführt, sagt Plugtschieva. Entscheidend sei nebst dem Tempo aber die Tiefe einer Veränderung. Das «Schweizer Projekt» gehe weit übers Bildungspolitische hinaus: «Indem wir das Prestige der Berufe und der Berufsausbildung stärken, verändern wir die Denkweise. Wir schaffen Perspektive. Wir liefern Gründe für die Aussage: Es gibt in unserem Land für junge Leute eine Zukunft.» Das sei für deren Selbstwertgefühl zentral, zumal alle wüssten, «dass es nicht gut ist, wenn wir unsere jungen Leute zu Wirtschaftsflüchtlingen machen».

MARC LETTAU



Bulgarien setzt bei der Verbesserung seines Ausbildungssystems auf das Schweizer Modell.
(Im Bild: eine Berufsbildungsdelegation zu Besuch in der Berufsschule Thun). Foto Manu Friederich

Laut Vasil Radoynovski von der bulgarisch-schweizerischen Handelskammer gibt es für sein Land zwingende Gründe, das Berufsbildungssystem rasch zu reformieren. Nach der Wende von 1989 sei die Berufsbildung vernachlässigt worden: «Es existierten weiterhin Berufsschulen, doch niemand wachte über deren Qualität.

Plugtschieva. Sie sagt, das schweizerische Modell liefere «alle Antworten und die besten Rezepte» für die heutigen Herausforderungen der Jugend ihres Landes. Plugtschieva hat denn auch vehement um Schweizer Unterstützung geworben, nachdem in ihrem Land erste Anläufe zur Verbesserung des Ausbildungssystems ge-



Eine Steuerreform für Unternehmen, ein neuer Strassenfonds und erleichterte Einbürgerungen für Ausländer der dritten Generation: Darüber entscheidet das Volk am 12. Februar.

Die komplexe Steuerreform

JÜRIG MÜLLER

«Unternehmenssteuerreform» tönt neutral und staubtrocken. Doch in diesem Begriff steckt politischer Sprengstoff erster Güte – und vor allem löst er ungute Erinnerungen aus. Die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform II von 2008 gilt als «ein Tiefpunkt der Schweizer Demokratie», wie die Zeitung «Der Bund» es nannte. Der Bundesrat ging vor dem Urnengang öffentlich von rund 80 Millionen Franken Steuerausfällen pro Jahr aus. Die Regierung lag krass daneben, es war ein Vielfaches mehr. Das Bundesgericht musste sich sogar über den Fall beugen und sprach von einer «krassen Verletzung der Abstimmungsfreiheit», von «Fehlinformation durch Unterdrückung», einzelne Richter diagnostizierten gar eine «systematische Irreführung» der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Nun kommt also die Unternehmenssteuerreform III (USR III) vor Volk, eine der wohl komplexesten Steuerreformen der Schweizer Geschichte. Es geht zwar inhaltlich um etwas anderes, aber um die Höhe der Steuerausfälle wird im Abstimmungskampf nun aufgrund der Erfahrung mit der Vorlage von 2008 noch härter gestritten als vor neun Jahren. Die Sozialdemokratische Partei, weitere Linksparteien und Gewerkschaften haben das Referendum gegen die Vorlage ergriffen.

Steuerprivilegien abschaffen

Dabei waren sich anfangs alle politischen Lager mehr oder weniger einig. Es sollten international als Steuerdumping kritisierte Privilegien abgeschafft werden. Vereinfacht dargestellt: Bisher wurden ausländische

Gewinne von Unternehmen gegenüber inländischen tiefer besteuert. Ziel der Reform ist es, diese unterschiedliche Besteuerung durch die Kantone zu beseitigen. Doch mit der ersatzlosen Abschaffung des kantonalen Steuerstatus würde ein Wettbewerbsverlust der Schweiz einhergehen. Dieser soll durch andere, international akzeptierte Massnahmen kompensiert werden. So sollen Lizenzerträge steuerlich privilegiert sowie Aufwendungen für Forschung und Entwicklung mittels eines erhöhten Abzugs berücksichtigt werden. Zudem können die Kantone die Gewinnsteuern senken.

Das Parlament hat die Vorlage des Bundesrates allerdings noch um einige Punkte angereichert, oder, nach Auffassung der SP, überladen. «Eine Schlaumeierei ohnegleichen» ist gemäss SP-Nationalrätin und Wirtschaftsexpertin Susanne Leutenegger Oberholzer die zinsbereinigte Gewinnsteuer. Damit können in der Erfolgsrechnung fiktive Zinsen auf sogenannten überschüssigem Eigenkapital verrechnet werden. Die USR III führe zu «Steuersenkungen nach dem Giesskannenprinzip» und habe mit der Aufhebung der Sonderstatusgesellschaften nichts zu tun, schreibt Leutenegger Oberholzer.

Ein Massaker am Service Public?

SP-Fraktionschef François Nordmann kämpfte im Nationalrat vehement gegen die Vorlage. Die Folge sei ein Massaker am Service public, die Verteuerung öffentlicher Dienstleistungen und höhere Steuern für natürliche Personen. Auch der Grünen-Nationalrat Louis Schelbert erklärte, es handle sich um eine «Umverteilungs-

vorlage mit Milliardenkosten zu Lasten der Bevölkerung». Die Sprecher der bürgerlichen Fraktionen argumentierten dagegen anders. Die Unternehmenssteuerreform III könne zu Steuerausfällen führen, sagte Martin Bäumle, Präsident der Grünliberalen. Doch die Ausfälle ohne Reform wären etwa zehnmal höher. SVP, CVP und FDP sprachen von einem Kompromiss. Es gehe um Tausende Firmen und um Zehntausende Arbeitsplätze, sagte CVP-Sprecher Markus Ritter. «Wer die Vorlage mit dem Referendum bodigen will, spielt mit dem Feuer, das ausser Kontrolle geraten kann», sagte er.

Finanzielle Konsequenzen unklar

Weitgehend unklar sind die finanziellen Konsequenzen der Vorlage. SP-Fraktionschef Nordmann spricht von mindestens drei Milliarden Franken, die bei Annahme der USR III nicht gegenfinanziert seien. Allein der Bundeskasse gingen 1,3 Milliarden Franken verloren. Die restlichen Steuererluste würden gemäss SP-Schätzungen bei Kantonen und Gemeinden anfallen. Diese seien schwer abschätzbar, da auf Kantonsebene noch unklar ist, wie stark dort die Gewinnsteuersätze sinken würden.

Bürgerliche Politiker und die Wirtschaft machen eine andere Rechnung. Sie warnen bei Ablehnung der Vorlage vor der Gefahr, dass Firmen abwandern könnten. Denn der heutige Zustand werde ohnehin wegfallen, auch bei Ablehnung der Vorlage, da die bisherigen Privilegien sich angesichts der internationalen Kritik nicht halten lassen würden. Die Steuereinnahmen könnten höher ausfallen, sollten die entsprechenden Firmen



Wer die Unternehmenssteuerreform mit einem Referendum bodigen will, «spielt mit dem Feuer», findet Markus Ritter von der CVP. Foto Keystone

wegziehen. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hält fest: «Allein die direkt betroffenen Unternehmen liefern heute bei Bund, Kantonen und Gemeinden jährlich über fünf Milliarden Franken ab. Mit der vorliegenden Steuerreform wird dieses Steuer-

substrat langfristig gesichert. Das kurzfristige Referendum der Linken stellt den Standortvorteil in Frage und setzt zahlreiche Arbeitsplätze aufs Spiel. Die heute spezialbesteuerten Unternehmen in der Schweiz beschäftigen etwa 150 000 Arbeitnehmende.»

Nach dem Bahnfonds folgt der Strassenfonds

Am 9. Februar 2014 stimmte das Volk mit 62 Prozent der Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (Fabi) zu. Damit können Betrieb, Substanzerhalt und Ausbau der Eisenbahn einheitlich aus einem neuen Bahninfrastrukturfonds finanziert werden. Am 12. Februar ist nun die Strasse an der Reihe. Auch für den motorisierten Verkehr wird eine Fondslösung angestrebt. Der Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) soll die Finanzierung der Nationalstrassen und der Bundesbeiträge für Verkehrsprojekte in den Agglomerationen dauerhaft sichern.

Die Schweizer Strassen sind häufig verstopft, die Stau meldungen am Radio werden immer umfangreicher. 85 bis 90 Prozent aller Staus entstehen auf Autobahnen in urbanen Regionen. Der motorisierte Individualverkehr hat sich in der Schweiz seit 1960 mehr

als verfünffacht, die Infrastruktur gerät an ihre Grenzen, und die Kosten für Betrieb und Unterhalt steigen stark an. Wie beim Bahninfrastrukturfonds sollen in Zukunft alle bestehenden und neuen Einnahmen zweckgebunden direkt in den NAF fliessen. Im Gegensatz zum heutigen Infrastrukturfonds gilt der NAF unbefristet und wird deshalb in der Verfassung verankert. Deshalb muss auch das Volk darüber abstimmen.

Die heutigen Mittel reichen nur noch für den immer aufwendigeren Unterhalt aus, nicht aber für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes oder für die Beseitigung von Engpässen. Zudem ist eine Finanzierungslücke von über einer Milliarde Franken pro Jahr absehbar. Aus dem neuen Fonds werden nun Betrieb, Erhalt und eben die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes finanziert,

ebenso wie Projekte des Agglomerationsverkehrs. Dazu wird der Mineralölsteuerzuschlag von 30 auf 34 Rappen erhöht. Mit dem NAF können die nötigen Investitionen besser geplant und finanziell abgesichert werden.

Die erleichterte Einbürgerung

Junge Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation sollen sich leichter einbürgern lassen können. Das Anliegen einer parlamentarischen Initiative der Waadtländer SP-Nationalrätin Ada Marra wurde vom Parlament zwar aufgenommen, National- und Ständerat haben sich aber für strenge Voraussetzungen entschieden. Eine automatische Einbürgerung soll es auch in Zukunft nicht geben. Auch Ausländerinnen und Ausländer der Enkelgeneration sollen das Bürgerrecht nur auf Antrag erhalten. Zudem muss ein Gesuch vor dem 25. Altersjahr gestellt werden, während einer Übergangsfrist bis zum 35. Altersjahr. Das Parlament befürchtet, dass Ausländer durch eine spätere Einbürgerung die Militärdienstpflicht umgehen könnten.

Zudem muss mindestens ein Grosselternteil in der Schweiz geboren sein oder ein Aufenthaltsrecht haben. Und ein Elternteil muss in der Schweiz geboren sein, zehn Jahre hier gelebt haben und fünf Jahre zur Schule gegangen sein. Die Gesuchsteller selbst wiederum müssen in der Schweiz geboren und mindestens fünf Jahre in die obligatorische Schule gegangen sein. Die Vorlage muss nun endgültig von Volk und Ständen beschlossen werden, weil neben dem Bürgerrechtsgesetz auch die Bundesverfassung geändert werden muss.

JÜRIG MÜLLER IST REDAKTOR
DER SCHWEIZER REVUE

Atomkraftwerke dürfen weiterlaufen

Das Schweizer Stimmvolk hat am 27. November die Atomausstiegsinitiative der Grünen abgelehnt. Der Ausstieg ist trotzdem aufgegleist.

JÜRIG MÜLLER

Die Schockwellen der Atomkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 sind verebbt. Jedenfalls wollen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nichts wissen von einem raschen Ausstieg aus der Atomenergie. Sie haben die Ausstiegsinitiative der Grünen Partei mit 54,2 Prozent Neinstimmen klar abgelehnt. Nur die vier Westschweizer Kantone Genf, Waadt, Neuenburg und Jura sowie die beiden Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben dem Volksbegehren zugestimmt. Bereits acht Mal haben sich die Schweizerinnen und Schweizer seit 1979 an der Urne zur Atomenergie äussern können. Und mit



einer Ausnahme entschieden sie immer atomenergiefreundlich. Nur 1990 sagten sie Ja zu einem zehnjährigen Moratorium für den Bau neuer Atomkraftwerke (AKW).

Doch diesmal ging es ums Ganze: Die Grünen forderten nicht nur ein Verbot neuer AKW, sondern wollten auch eine Abschaltung aller fünf Schweizer Atommeiler bis spätestens 2029. Bereits 2017 hätten drei AKW den Betrieb einstellen müssen. Die

Die Schweizer Atomkraftwerke werden vorerst weiterlaufen – wie das AKW Leibstadt im Kanton Aargau.

Foto Keystone

Initianten argumentierten vor allem mit den verheerenden Folgen eines schweren Atomunfalls in der dichtbesiedelten Schweiz. Immerhin stehen in der Schweiz die ältesten Atommeiler der Welt.

Zudem sei der Atomausstieg mit der Energiestrategie 2050 im Grundsatz unbestritten, nur fehle ein ordentlicher Zeitplan. Und die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien aus Wasser, Sonne, Wind und Biomasse sowie kurzfristig mit Stromimporten sei gewährleistet.

Angst um Versorgungssicherheit

Hier hakte die finanzkräftige Gegnerschaft ein. Ihr war es im Laufe des Abstimmungskampfes gelungen, das Vertrauen in die anfänglich in Umfragen gut positionierte Initiative zu untergraben. Der Fahrplan des Volksbegehrens sei viel zu ehrgeizig, hiess es. Ein grosses Thema war dabei die Versorgungssicherheit: Es drohten Lieferengpässe und Stromausfälle, nicht zuletzt wegen Überlastung der Netzinfrastruktur, sagten die Gegner. Zudem gebe man sich in Auslandabhängigkeit und müsse Dreckstrom aus ausländischen Kohlekraftwerken und AKW beziehen.

Eine intensive Debatte wurde auch über die Kosten des frühzeitigen Ausstiegs aus der Atomenergie geführt. Schon der Bundesrat rechnete mit hohen Schadenersatzklagen der AKW-Betreiber. Im Abstimmungskampf schraubten diese die Forderungen weiter nach oben: Der Energiekonzern Axpo etwa sprach von Entschädigungszahlungen von über vier Milliarden Franken allein für die AKW Beznau und Leibstadt.

Light-Variante für den Ausstieg

Ein weiterer Grund für das Nein zum Volksbegehren war auch die Energiestrategie 2050, welche das Parlament letzten Herbst beschlossen hatte. Sie wirkte wie ein indirekter Gegenvorschlag zur Atomausstiegsinitiative, eine Art Light-Variante für den Ausstieg. Die Erstellung neuer AKW wird zwar ebenfalls verboten. Doch die bestehenden Atomkraftwerke dürfen unbeschränkt weiterlaufen, solange die Aufsichtsbehörde sie als sicher einstuft. Die Energiestrategie 2050 enthält zudem ein ganzes Bündel von Massnahmen, mit denen die Energieeffizienz gesteigert und die erneuerbaren Energien ausgebaut werden sollen.

Für die Berner Tageszeitung «Bund» war das Nein zum raschen Atomausstieg «nicht als Ausstieg vom Ausstieg zu werten. Denn bei dieser Abstimmung ging es nicht darum, ob, sondern wie die Energiewende gelingen soll». Für die «Neue Zürcher Zeitung» wiederum war das Nein zur Initiative ein Vertrauensbeweis erster Güte, «aber es ist auch ein Auftrag an Bundesbern, die Energiewende und die Abkehr von der Atomkraft so einzuleiten, dass diese tatsächlich störungsfrei und wirtschaftsverträglich gelingen».

Anders sieht es die SVP: Die Volkspartei hat gegen die Energiestrategie 2050 das Referendum ergriffen, sie will keine staatlich gesteuerte Energiewende, denn sie findet dieses Vorgehen «planwirtschaftlich». Allein der Markt solle es richten. Somit wird das Volk wahrscheinlich bald nochmal über den ganzen Komplex abstimmen können.

Eine Bundespräsidentin der Mehrheiten

Doris Leuthard ist Bundespräsidentin – zum zweiten Mal in ihrer Amtszeit. Sie gilt als Prototyp einer Schweizer Konsenspolitikerin und geniesst auch bei ihren Gegnern einen entsprechend guten Ruf.

MARKUS BROTSCHI

Doris Leuthard ist als 53-Jährige die zweitjüngste im Siebnergremium, aber gleichzeitig die Amtsälteste. In den Medien wird spekuliert, die CVP-Magistratin könnte in der Mitte der Legislatur zurücktreten. Dennoch ist ihre Demission auf Ende dieses Jahres nicht sicher. Zeichen von Amtsmüdigkeit sind bei ihr kaum zu erkennen, in ihren öffentlichen Auftritten wirkt sie nach wie vor engagiert. Noch immer scheint sie Lust zu haben, den Schweizerinnen und Schweizern mitunter auch trockene Infrastrukturvorlagen anschaulich zu erklären. In ihrem Departement ist sie die Herrin über die Umwelt-, Verkehrs-, Energie- und Medienpolitik.

Grundlage von Leuthards Politikkarriere ist ihr Gespür für politische Machbarkeit und Mehrheiten. Als Ende 2003 der damalige CVP-Präsident Philipp Stähelin nach einer weiteren Wahlniederlage der Christlichdemokraten zurücktrat, galt die Nationalrätin als gesetzte Nachfolgerin. Allerdings führte sie die CVP nur gut zwei Jahre. Nach dem Rücktritt von Joseph Deiss war sie 2006 dessen natürliche Nachfolgerin im Bundesrat und übernahm zunächst das Volkswirtschaftsdepartement.

Ein Glücksfall für die CVP

Für die CVP war und ist Leuthard ein Glücksfall. Die Bundesrätin geniesst grosse Popularität, was sie für die Rolle der *Prima inter pares* geradezu prädestiniert. Sie ist volksnah, kommt aber ohne anbietenden Populismus aus. Dass sie ihr Hochdeutsch mit einer rustikalen Deutschschweizer Note versieht, dürfte kein Zufall sein. Damit vermeidet die ausgebildete Anwältin, beim Publikum abgehoben zu wirken.

Die Freiämterin ist der Prototyp einer Schweizer Konsenspolitikerin und als CVP-Bundesrätin die Verkörperung der politischen Mitte. Im Bundesrat fällt ihr zusammen mit Didier Burkhalter die Rolle zu, für eine Mitte-links- oder Mitte-rechts-Mehrheit zu sorgen. Mit dem Rücktritt von Eveline Widmer-Schlumpf und der Wahl eines zweiten SVP-Bundesrats hat sich Leuthards Funktion als Brückenbauerin noch verstärkt. Gerade für die milliardenschweren Infrastrukturvorlagen ihres Departements muss sie Pakete schnüren können, welche die zahlreichen regionalpolitischen und wirtschaftlichen Interessen berücksichtigen. Das ist Konsens- und Kompromisspolitik *par excellence*.

Zwar hat auch Leuthard in ihrer Laufbahn einige Abstimmungskämpfe verloren, doch steckte sie die Niederlagen bisher immer gut weg. Am Rednerpult und in Diskussionsrunden strahlt sie eine souveräne Gelassenheit aus, mit der das Schweizer Politpersonal selten ausgestattet ist. Allerdings schlägt ihr souveräner Auftritt gelegent-



Am Rednerpult wirkt Doris Leuthard stets gelassen und souverän. Zwar hat auch die CVP-Magistratin in ihrer Laufbahn Abstimmungskämpfe verloren, aber sie steckte dies stets gut weg. Foto Keystone

lich in Herablassung und Belehrung um. Dies müssen Parlamentarier und Diskussionsteilnehmer erfahren, die mit Aussagen oder Fragen Leuthards Widerspruch provozieren oder ihre Geduld strapazieren. Während andere Bundesratsmitglieder selbst nach despektierlichen Voten den magistralen Ton beibehalten, lässt Leuthard das Gegenüber schon einmal spüren, dass ihr eine Wortmeldung zu blöd ist.

Schlagfertig in Debatten

Ihre Schlagfertigkeit in Debatten und ihre gewinnende Art schützen Leuthard vor persönlichen Angriffen, wie sie ihre Bundesratskollegin Simonetta Sommaruga von Seiten der SVP gewärtigen muss. Leuthard kommt selbst beim politischen Gegner gut an. Auch haben die Wahlniederlagen der CVP ihrem Image nicht geschadet. Freilich hat sie im Bundesrat das Glück gehabt, nie für derart konfliktrichtige Dossiers wie die Asyl- und Ausländerpolitik die Verantwortung übernehmen zu müssen.

Leuthard werden Ambitionen auf ein internationales Amt nachgesagt. Auf internationalem Parkett bewegt sie sich mühelos und pflegt die Kontakte zu ausländischen Ministerkollegen regelmässig. Dabei helfen ihre guten Sprachkenntnisse in Englisch und Französisch. Auch wenn ihr Französisch eine starke Aargauer Vokalfärbung hat, vermag sie mühelos Debatten in der Romandie zu führen. Als Bundespräsidentin wird sie wohl nicht ganz so häufig auf Auslandreise sein wie ihr Vorgänger Johann Schneider-Ammann. Dennoch dürfte sie ein ansehnliches Besuchsprogramm absolvieren. Keinen Platz in ihrem Terminkalender findet hingegen die Albisgüetli-Tagung der SVP, an der Christoph Blocher jeweils amtierende Bundespräsidenten zum Rededuell auffordert. Doch Leuthards Absage kommt nicht ganz überraschend. Bereits in ihrem ersten Präsidialjahr 2010 gab sie der SVP einen Korb.

MARKUS BROTSCHI IST BUNDESHAUSREDAKTOR FÜR DEN «TAGES-ANZEIGER» UND DEN «BUND»

Ein Tessiner Dauerstreit um die Grenzgänger

Arbeitspendler aus Italien drängen im kleinen Tessin zunehmend auf den Arbeitsmarkt. Das hat zu einem Abwehrreflex in der einheimischen Bevölkerung geführt. Sogar eine Volksinitiative für einen kantonalen Inländervorrang wurde angenommen. Sie sorgt in Italien für Irritationen.

GERHARD LOB

Grenzgänger fahren am liebsten mit dem eigenen Fahrzeug zur Arbeit. Und so ist es ein unendlicher Strom an Fahrzeugen, der sich jeden Morgen aus den italienischen Grenzregionen der Provinzen Como und Varese ins Tessin ergiesst und am Abend in der Gegenrichtung. Am Grenzübergang Chiasso haben die «Frontalieri» zu den Stosszeiten sogar eine eigene Fahrspur. Der Kanton Tessin mit 350 000 Einwohnern zählt mittlerweile rund 62 500 Grenzgängerinnen und Grenzgänger. In wenigen Jahren ist ihre Zahl deutlich angestiegen. Noch wichtiger als die absolute Zahl ist aber die Tatsache, dass mehr als ein Viertel aller Arbeitsplätze von Grenzgängern besetzt ist. Keine andere Grossregion der Schweiz weist einen vergleichsweise hohen Anteil auf. Und wichtig ist auch, dass Grenzgänger im Tessin – anders als in den 1990er-Jahren – nicht mehr fast ausschliesslich im Industriesektor tätig sind, sondern zunehmend in der Dienstleistungsbranche.

Seit Jahren tobt deshalb ein Streit um die Frage, ob diese Grenzgänger den Einheimischen die Arbeit wegnehmen und zum Lohndumping beitragen, weil sie bereit sind, zu tieferen Löhnen zu arbeiten als die Ortsansässigen. Tatsächlich ist die Landesgrenze zwischen der Schweiz und Italien auch eine Lohngrenze. In der Schweiz sind die Löhne mindestens doppelt bis dreimal so hoch wie in Italien. Selbst bei Schweizer Tieflohnen verdienen italienische Arbeitspendler wesentlich mehr als in ihrem Heimatland. Studien haben aufgezeigt, dass es in Mitteleuropa keine andere Landesgrenze mit einem derart markan-



Die italienischen Grenzgänger bereiten den Tessinern Kopfzerbrechen – nicht nur wegen der Arbeitsplätze, auch wegen des Verkehrsaufkommens in Stosszeiten wie hier auf der A2 bei Mendrisio in Richtung Grenze. Foto Keystone

ten Lohngefälle gibt. Dazu kommt: Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit in Italien nehmen viele Italiener auch lange Anfahrtswege in Kauf. Hauptsache, sie finden einen Job. Umgekehrt gibt es gerade im Tessin einen Mangel an Fachkräften. Viele Positionen lassen sich nicht mit Arbeitskräften aus dem Inland besetzen.

Einheimische wurden nicht verdrängt

Eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts der Universität der italienischen Schweiz (IRE) kam 2016 zum Schluss, «dass die erhöhte Zahl der Grenzgänger und der ausländischen Wohnbevölkerung in der Folge des Personenfreizügigkeitsabkommens für die einheimische Bevölkerung im Tessin nicht das Risiko erhöht hat, arbeitslos zu werden». Es könne zwar nicht ausgeschlossen werden, dass punktuell einheimische Arbeitneh-

mer durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt wurden, von einer systematischen Verdrängung könne aber nicht die Rede sein. Zudem liege die Arbeitslosenrate mit rund 3,5 Prozent nach wie vor tief und entspricht dem Schweizer Mittel.

Trotzdem: Viele Tessiner haben den Eindruck, dass ihre Jobs in Gefahr sind, weil der Druck zugenommen habe. Sie fürchten auch um ihre Löhne. Und sie haben genug vom täglichen Verkehrsinfarkt in den grenznahen Gebieten. Ein Ausdruck dieser Befindlichkeit war das Abstimmungsergebnis vom 9. Februar 2014. Damals sagten 68 Prozent der Tessiner Stimmbürger Ja zu der von der nationalkonservativen SVP lancierten eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung». Das war der höchste Ja-Stimmen-Anteil aller Kantone. Im Gegensatz zur Deutschschweiz, wo vor allem die effektive Zuwanderung beim Abstimmungsergebnis eine Rolle spielte, war im Tes-

sin das Grenzgänger-Phänomen bei der Forderung nach einer Wiedereinführung von Kontingenten für ausländische Arbeitnehmer entscheidend.

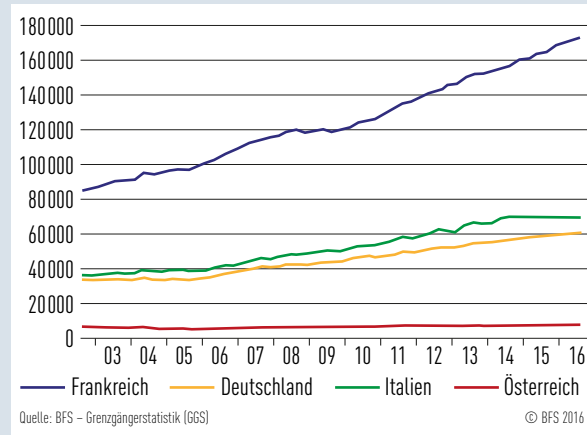
Angesichts dieses Ergebnisses doppelte die Tessiner SVP gleich noch mit einer kantonalen Initiative unter dem Motto «Prima i nostri!» («Zuerst die Unsrigen!») nach. Gemäss dieser Vorlage sollte der Inländervorrang auf dem Arbeitsmarkt auch in die kantonale Verfassung aufgenommen werden. Die nötigen Unterschriften kamen schnell zusammen, und Ende September 2016 sagten 58 Prozent der Stimmenden im italienischsprachigen Kanton Tessin Ja zu dieser Verfassungsinitiative.

Mit dem Inländervorrang gegen Lohndumping

In der Kantonsverfassung steht nun, dass bei gleicher Qualifikation einem Einheimischen der Vorrang gegeben werden muss. Mit dem Inländervorrang soll Lohndumping vermieden werden. Zudem wird dem Kanton Tessin unter anderem die Aufgabe übertragen, «über internationale Verträge zu wachen, welche von der Eidgenossenschaft abgeschlossen wurden». Gemeint ist hier etwa das Steuerabkommen zu den Grenzgängern zwischen der Schweiz und Italien.

Ungehört verhallen die Appelle der Kantonsregierung und der Parlamentsmehrheit, die SVP-Initiative zurückzuweisen, da sie Vorschriften für die Sozial-, Wirtschafts- und Aussenpolitik einführe, für die der Kanton gar nicht zuständig sei. Ein bei Giovanni Baggini, Professor für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht an der Universität Zürich, in Auftrag gegebenes Gutachten war zum Schluss gekommen, dass die Initiative kaum umsetzbar sei. Gleichwohl ist nun eine parlamentarische Sonderkommission an der Arbeit, um Vorschläge für diejenigen Bereiche auszuarbeiten, in denen die Umsetzung eines Inländervor-

Ausländische Grenzgänger/innen nach Wohnsitzstaat



Im Jahr 2001, also vor Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit mit den westlichen EU-Staaten, zählte das Bundesamt für Statistik (BFS) 151 133 Grenzgänger in der Schweiz. Inzwischen sind es 314 110 Personen (Stand: 3. Quartal 2016). Die meisten von ihnen kommen aus Frankreich und arbeiteten vor allem in der Genferseeregion. Keine andere Grossregion der Schweiz beschäftigt mehr Grenzgänger. An zweiter Stelle kommt die Nordwestschweiz mit der Polstadt Basel. Dort sind 72 556 Grenzgängerinnen und Grenzgänger tätig, überwiegend aus Deutschland, aber auch aus Frankreich. Die meisten italienischen Grenzgänger pendeln wiederum in den Kanton Tessin, weitere nach Graubünden oder ins Wallis. In Bezug auf die Gesamtzahl beschäftigter Grenzgänger steht das kleine Tessin nach dem Genferseebogen und der Nordwestschweiz an dritter Stelle. In Bezug auf den Anteil an allen Erwerbstätigen machen die Grenzgänger in der Genferseeregion nur gut 10 Prozent aus, in der Nordwestschweiz ist ihr Anteil ähnlich hoch. Eindeutig am höchsten ist der Anteil im Tessin, wo 26,2 Prozent aller Erwerbstätigen Grenzgänger sind.

rangs gleichwohl möglich erscheint, etwa in der öffentlichen Verwaltung. Wie auch bei der Umsetzung der nationalen Masseneinwanderungsinitiative, an der sich das Schweizer Parlament die Zähne ausbeisst, müssen die Tessiner Gesetze mit den bilateralen Abkommen mit der EU und der Personenfreizügigkeit vereinbar sein.

Spannungen im Grenzgebiet

Tatsächlich ist man im EU-Land Italien irritiert ob der allgemeinen Anstrengungen zur Wiedereinführung des Inländervorrangs in der Schweiz. Und die Annahme der Volksinitiative «Prima i nostri!» hat nicht gerade zur Entschärfung bereits vorhandener Spannungen zwischen dem Tessin

und den italienischen Grenzregionen beigetragen. Denn in Italien hat man natürlich zur Kenntnis genommen, dass das Votum auch ein Anti-Grenzgänger-Votum war. Selbst die führende Tageszeitung «Corriere della Sera» beschäftigte sich auf der Frontseite mit dem Abstimmungsergebnis. Und die Idee eines Grenzgänger-Streiks wurde kurzzeitig diskutiert.

Diverse italienische Politiker weisen darauf, dass der wirtschaftliche Boom des Tessins nach Inkrafttreten der bilateralen Verträge und der damit verbundenen Marktöffnung auch dank der Grenzgänger möglich gewesen sei. Zudem seien die Arbeitskräfte aus Italien für das Funktionieren öffentlicher Einrichtungen wie Altersheime oder Spitäler unabkömmlich. Doch dies werde nicht anerkannt. «Die lombardischen Arbeitskräfte können nicht tagtäglich gedemütigt und wie illegale Aufenthalter betrachtet werden», schimpfte zunächst etwa Roberto Maroni von der Lega-Nord, Präsident der Region Lombardei. Nach den anfänglich heftigen Reaktionen auf die Annahme der Volksinitiative hat sich der Tonfall mittlerweile aber gemässigt. So erklärte Maroni nach einem Treffen mit der Tessiner Kantonsregierung in Bellinzona unterdessen, «dass die Zusammenarbeit zwischen den Grenzregionen weiterhin konstruktiv sein wird».

Bisher kannte übrigens nur der Kanton Genf eine kantonale Schutzklausel für den Arbeitsmarkt. Die seit 2012 gültige Regelung gilt dort allerdings einzig für die Kantonsverwaltung, Institutionen des öffentlichen Rechts oder öffentlich co-finanzierte Stiftungen. Bevor eine Stelle öffentlich ausgeschrieben und neu besetzt wird, müssen die regionalen Arbeitsvermittlungen zwingend schauen, ob sich eine im Kanton niedergelassene Person für den Job finden lässt.

7528 Auslandsbasler durften nicht wählen

Im Basler Stadtkanton haben Auslandschweizer kein kantonales Wahlrecht. Anders ist das in den Nachbarkantonen Baselland, Solothurn und Jura sowie in sieben weiteren Kantonen. Eine Ausweitung des Wahlrechts in Basel-Stadt hat der Grosse Rat bisher stets abgelehnt.

PETER SCHENK

Seit Ende 2013 dürfen die Auslandschweizer aus dem Kanton Basel-Stadt an den Ständeratswahlen teilnehmen. Dem klaren Entscheid des Grossen Rats waren heftige Diskussionen vorausgegangen, vor allem die Liberal Demokratische Partei (LDP) hatte gebockt. Sie wehrte sich mit dem Argument, dass nur derjenige mitbestimmen sollte, der auch betroffen sei. Bei einem Wohnsitz in Timbuktu sei das nicht der Fall, sagte André Auderet (LDP) damals für seine Fraktion. Hauptargument für das Wahlrecht der Auslandsbasler war aber die Tatsache, dass sie seit 1992 an den Nationalratswahlen teilnehmen dürfen. Da sei es unlogisch, sie von den Ständeratswahlen auszuschliessen. Die Gesetzesänderung wurde schliesslich mit 80 Ja- und sieben Neinstimmen beschlossen. Die Teilnahme an kantonalen Wahlen

geregelt. Die Teilnahme auch auf kantonale Wahlen und Abstimmungen auszudehnen, sei laut Regierungssprecher Marco Greiner «verschiedentlich diskutiert, aber vom Grossen Rat bisher abgelehnt worden». Bei den Regierungsrats- und Grossratswahlen vom vergangenen Oktober hatten die 7528 Ex-Basler, die 2015 erstmals an den Ständeratswahlen teilnehmen durften, also immer noch nichts zu sagen.

Eine Stimme durch die Volksabstimmung

Das ist nicht überall so. Denn in der Schweiz gibt es zehn Kantone, in denen Auslandschweizer an kantonalen Wahlen abstimmen dürfen. Im Nachbarkanton Solothurn geht dies auf eine Volksabstimmung von 1980 zurück und im Baselbiet ist das entsprechende Gesetz seit 1981 in Kraft. 1978 wurde das Thema laut Staatskanzlei Basel-Landschaft dreimal im Landrat diskutiert. Im Jura besteht die Regelung seit der Kantonsgründung im Jahre 1979. Zürich hingegen beschränkt das Wahlrecht wie Basel auf die Ständeratswahlen.

Am restriktivsten beim Wahlrecht für Auslandschweizer ist in der Nordwestschweiz der Kanton Aargau. Hier dürfen die 7005 registrierten Auslandschweizer lediglich an den Nationalratswahlen teilnehmen. Die Beteiligung an den Ständeratswahlen ist nur möglich, wenn dies die kantonale Gesetzgebung vorsieht, was sie nicht tut. Seine ablehnende Haltung begründete der Aargauer Regierungsrat im November 2012 in seiner Antwort auf eine von Kim Lara Schweri (Grüne)

eingereichte Interpellation, die nur von einem weiteren Ratsmitglied unterzeichnet worden war.

Dort hiess es in Bezug auf Schweizer, die sich vor längerer Zeit oder permanent im Ausland niedergelassen haben: «Der Konnex zum Aargau löst sich mit der Zeit auf und kantonale Sach- wie Wahlgeschäfte dürften bedeutend weniger interessieren als solche unseres Landes. Teilweise sind diese Stimmberechtigten nicht mehr der deutschen Sprache mächtig.»

«Es braucht einen Bezug»

Ähnlich argumentiert im Hinblick auf das kantonale Wahlrecht für Auslandschweizer der ehemalige Basler Regierungspräsident Guy Morin (Grüne): «Für kantonale Wahlen braucht es einen Bezug, den man verliert, wenn man länger weg ist.» Ein weiteres Argument: Basel sei ein Stadtkanton, und er könne sich nicht vorstellen, dass Auslandschweizer in anderen Städten mitbestimmen dürfen.

Offener zeigt sich der bürgerliche Regierungsrat Baschi Dürr. Er könne zwar persönlich die Argumentation nachvollziehen, «dass es etwas merkwürdig ist, wenn ein Auslandsbasler in Argentinien über die Neugestaltung eines Platzes in Basel mitbestimmen kann, nicht aber ein Baselbieter oder ein Ausländer in Basel, der täglich darüber fährt.» Dennoch könne er sich eine Änderung vorstellen und schreibt: «Ich verschliesse mich nicht grundsätzlich der Idee eines generellen baselstädtischen Auslandschweizerstimmrechts, sollte diese aus den Reihen des Grossen Rates einmal aufkommen.»



Auslandschweizer aus dem Kanton Basel-Stadt dürfen weiterhin nur an nationalen Wahlen teilnehmen. Im Bild: Wahllokal im Basler Rathaus. Foto Keystone

bleibt den Auslandsbaslern allerdings weiterhin verwehrt. Damit ist der sonst liberale Stadtkanton konservativer als zum Beispiel das Baselbiet, wo Auslandschweizer auch kantonal mitbestimmen dürfen. Genauso ist dies in den Kantonen Solothurn und Jura



Eine Bettlerin bittet Passanten in Lausanne um Geld.

Foto Keystone

Die Romandie will mit Bussen gegen bettelnde Roma vorgehen

Seit 2004 haben in den grossen Westschweizer Städten Bettler Einzug gehalten. Die meisten von ihnen sind Roma. Städte und Kantone reagieren, indem sie Betteln unter Strafe stellen – ohne Erfolg.

STÉPHANE HERZOG

In der Westschweiz hat sich die Bettlerei – hauptsächlich durch Roma – im Herbst erneut zum Gesprächsthema entwickelt. Im Oktober hat die Waadtländer SVP im Grossen Rat eine Mehrheit dafür gewinnen können, durch eine parlamentarische Initiative die Bettlerei kantonsweit zu verbieten. Damit sollte die Waadt mit dem Kanton Genf gleichziehen, der das Betteln auf seinem gesamten Kantonsgebiet seit 2008 untersagt. Die Waadtländer Linke hat jedoch das Referendum gegen das geplante Verbot ergriffen.

Das Genfer Vorgehen hat das angestrebte Ziel verfehlt, die mehrheitlich aus Rumänien stammenden Bettler zu vertreiben. Jedes Jahr verteilt

die Genfer Kantonspolizei, unterstützt von der Stadtpolizei, Tausende Bussen. Die Bussgeldbescheide über 100 Franken zuzüglich 100 Franken Gebühr werden per Einschreiben nach Rumänien geschickt. In den allermeisten Fällen bleiben sie jedoch unbezahlt oder ziehen einen Rekurs nach sich, bevor sie in Gefängnistage umgewandelt werden. Zuvor wird aber der Gesamtbetrag noch von einem Richter nach unten korrigiert, meist aufgrund der wirtschaftlichen Notlage des Bussenempfängers. Auch die Anzahl Verzeigungen nimmt laut Kantonspolizei nicht ab (4500 im Jahr 2013, 5600 im Jahr 2010, 5700 im Jahr 2015). 2015 beliefen sich die Bussen und Gebühren gesamthaft auf knapp

670 000 Franken. «Ein Grossteil dieser Bussen wird an Roma verteilt», bestätigt der Mediensprecher Silvain Guillaume-Gentil.

Verdacht auf mafiöse Strukturen

Die Rechte rechtfertigt ein Verbot mit der Tatsache, dass die Bettlerei einen Teil der Bevölkerung stört, sowie damit, dass die bettelnden Roma Opfer mafiöser Strukturen seien. «Wenn unser Kanton wirksam gegen organisierte Bettlerei vorgehen will, müssen auf dem gesamten Kantonsgebiet abschreckende Verbote gelten», so ein Minderheitsbericht des Waadtländer Grossen Rats über die Positionsnahme des Staatsrats zur SVP-Volksinitiative «Verbot der Bettlerei und Ausbeutung von Personen durch Bettlerei auf Waadtländer Staatsgebiet». Gemäss Minderheitsbericht landen die Spenden der Schweizer bei den «Hintermännern, die osteuropäische Bettler ins Land schicken».

Mehrere Recherchen von Journalisten, aber auch von Wissenschaft-

lern – insbesondere von Jean-Pierre Tabin, Professor an der Hochschule für soziale Arbeit des Kantons Waadt – konnten jedoch keine Belege für solche Strukturen liefern. In Genf wurde eine Verurteilung wegen Menschenhandels von rumänischen Staatsangehörigen, die Roma in einem Bus in die Schweiz brachten, vom Gerichtshof aufgehoben. «Es kann nicht bewiesen werden, dass die Besitzer des Busses die Passagiere zum Betteln in die Schweiz brachten oder dass diese Personen die Arbeitskraft ihrer Mitreisenden ausnutzten», so die Begründung dieser Instanz. Genf musste darauf den beiden Rumänen eine Entschädigung von 60 000 Franken für ihre ungerechtfertigte Inhaftierung zahlen.

Im Mai wurden hingegen eine Roma-Frau und ihr Sohn zu einer dreimonatigen, zur Bewährung ausgesetzten Haftstrafe wegen Menschenhandels verurteilt. Sie hatten einen geistesschwachen jungen Mann ausgebeutet, der ihnen von seinem eigenen Vater verkauft worden war. «Die

Lebensumstände des Vaters sind miserabel», so der Betreuer des jungen behinderten Roma, der zum Betteln auf Genfer Trottoirs gezwungen worden war. In Tarnaveni im Herzen Rumäniens lebt der Mann mit seiner kranken, bettlägerigen Mutter. Die anderen Kinder sind in einem rauchgeschwängerten Raum untergebracht, der durch eine Wanne mit glimmenden Kohlen geheizt wird. Dem Familienvater stehen monatlich 200 Euro zur Verfügung. «Es handelt sich hierbei um Armutsmigration von Personen, die in ihrer Heimat diskriminiert werden. Die Bettlerei ist daher keine kulturelle Eigenheit, sondern eine Folge ihrer sozio-ökonomischen Umstände», erklärt Tabin, der ein Buch zu diesem Thema verfasst hat.

23 Millionen Franken Hilfsgelder an rumänische Roma

Im September beklagte Marc-Olivier Buffat, Fraktionschef der FDP im Waadtländer Grossen Rat, dass die Schweiz im Rahmen des Kohäsionsbeitrags für die neuen EU-Länder im Osten bereits fast 400 Millionen Franken für Roma in Rumänien und Ungarn aufgewendet habe. «Die Schweiz hat in fünf Jahren 185 Millionen Franken zur Unterstützung der rumänischen Roma gezahlt – ohne zählbares Ergebnis», so Buffat. Die Schweiz habe in diesem Land von 1992 bis heute nur rund 23 Millionen Franken zur Verbesserung der Lebensumstände der Roma ausgegeben, widerspricht Tilman Renz, Pressesprecher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten.

«Den Roma unmoralisches Handeln vorzuwerfen, ist einfach. Sie haben keine Lobby, die sich für sie einsetzen würde», so Tabin. Sind Roma auch Opfer von Rassismus? Der Wissenschaftler verweist auf Gemeinden wie Tolochenaz oder Goumoens-le-Jux, wo Betteln nach dem neuen Gesetz ironischerweise verboten wurde,

obwohl ausserhalb des Lausanner Stadtzentrums kaum Bettler anzutreffen seien. «Eine Umfrage in Frankreich hat ergeben, dass die Roma das Bevölkerungssegment sind, mit dem die meisten negativen Stereotypen assoziiert werden.» Für Tabin, dessen Buch aufgrund des Interesses an dieser Thematik neu aufgelegt wurde, unterscheidet sich der Kanton Waadt diesbezüglich nicht von anderen europäischen Gebieten. «Alle Einschränkungen der Bettlerei – ganz gleich, ob in Belgien, Österreich oder Deutschland – führen zu einer Kriminalisierung der Armut. Mittellosigkeit wird damit zu einer Straftat, die eine Haftstrafe oder einen Landesverweis nach sich ziehen kann und Bettler so zu kriminellen Ausländern macht.»

Auch Schweizer betteln

«Bettelnde Roma sollen offenbar wie Strassendreck beseitigt werden», twitterte im Oktober Romain Papilloud, Mitglied der Waadtländer Jungsozialisten. Der junge Mann freut sich, dass die Waadtländer Linke nun den Mut bewiesen hat, vor den kantonalen Wahlen im Frühling das Referendum gegen das Bettelverbot zu ergreifen. «Wir unterstützen die Bettlerei nicht, sie ist ein sichtbares Zeugnis der Armut. Aber menschliches Unglück einfach aus dem Blickfeld zu schaffen, ist keine Lösung», betont er – wohl wissend, dass oberflächlichen, direkt gegen die Roma gerichteten Argumenten nur schwer beizukommen ist. Papilloud, der bei den Wahlen antreten wird, erinnert wiederum daran, dass Bettlerei nicht allein von Zigeunern betrieben wird. «Die Verfechter des Bettelverbots behaupten, dass Schweizer nicht davon betroffen seien, da sie Zugang zu Sozialhilfe hätten. Aber es gibt auch Schweizer, die durch das soziale Auffangnetz rutschen.»

Von Zürich bis Basel – Betteln verboten

In Zürich ist Bettlerei durch ein kantonales Gesetz untersagt. «Die Stadtpolizei führt keine gezielten Kontrollen durch, doch wer gegen das Verbot verstösst, wird systematisch verfolgt», so Mediensprecher Marco Bisa. Das Geld des Bettlers wird konfisziert, und er wird weggewiesen. Ein solches Vergehen kann Kosten von bis zu 500 Franken nach sich ziehen. Auch in Basel konfisziert die Polizei das erbetelte Geld und meldet die Person an die Einwohnerkontrolle. «Dieses Vorgehen ist bei den organisierten Bettlergruppen bekannt, und das Ziel der Abschreckung wird erreicht», sagt Martin Schütz, Mediensprecher der Kantonspolizei Basel-Stadt. Bis Ende Oktober 2016 waren in Basel 330 Bussen an Bettler verteilt worden. «In kleineren Städten wie Neuenburg werden Zuwiderhandelnde umgehend von der Polizei identifiziert», erzählt der Neuenburger Polizeisprecher Daniel Favre. In diesem Kanton besteht die gesetzliche Möglichkeit, Personen zu büssen, welche die Gutgläubigkeit der Menschen ausnützen – etwa indem sie Taubheit vortäuschen. Von den 80 im Jahr 2016 verteilten Bussen zogen deren 20 Strafzahlungen in Höhe von 300 Franken für dieses Vergehen nach sich. Bern tanzt hingegen ein bisschen aus der Reihe. 1991 wurde das kantonsweite generelle Bettelverbot annulliert. Seitdem hat die Stadt erfolglos versucht, Bettlerei zumindest auf Stadtgebiet zu verbieten. Lediglich im und um den Berner Hauptbahnhof gilt ein Verbot, das allerdings von den SBB ausgesprochen wurde.

«In der Champions League des Wintersports»

Die Ski-WM in St. Moritz steht vor der Tür. Der berühmte Ferienort im Engadin hat viel Erfahrung in der Organisation von internationalen Sportanlässen – und ist entsprechend vorbereitet.

RENÉ WEBER

«Top of the World» – ein unmissverständlicher Werbeslogan: St. Moritz ist eine Marke, ein Ort, der anders als andere ist. Und die Bekanntheit des Nobelskiortes ist seit jeher auch an Sportevents gekoppelt. Der Skimarathon, zwei Olympische Winterspiele, das Pferderennen «White Turf» und mehrere Ski-Weltmeisterschaften haben ihren Teil zu dem beigetragen, was St. Moritz heute ist.

Vom 6. bis 19. Februar findet nach 1934, 1948, 1974, 2003 bereits zum fünften Mal eine Ski-WM im Engadin statt. Das ist Rekord. «Langsam werden wir kribbelig», sagt Hugo Wetzel, Präsident des Organisationskomitees. Und das Urgestein weiss, wovon er

übrigens Quereinsteiger – der Sportdirektor der Weltmeisterschaft 2003 kam vom Langlauf.

Auffallend ist: Nicht nur der 48-jährige Giovanoli stammt aus St. Moritz selbst, sämtliche Schlüsselpositionen im Organisationskomitee sind mit Einheimischen besetzt. «St. Moritz zählt gewissermassen zur Champions League des Wintersports. Darauf sind wir stolz», sagt Hanspeter Danuser, von 1978 bis 2008 Kurdirektor des Ortes. Entsprechend viele Engadiner wirken bei solchen Anlässen mit. Oberstes Ziel müsse es sein, sich dank der Weltmeisterschaft an der absoluten Spitze der Ferienorte in den Bergen zu halten.

Ein Fest, aber keine Festhütte

Die Ski-WM wird unter dem Motto «Take Your Time» ausgerichtet. Man wolle sich den grössten Luxus, den man haben kann – eben, Zeit – nehmen. Neben den Wettkämpfen spielt das Rahmenprogramm deshalb eine grosse Rolle. Eine lebendige und vielfältige WM soll es werden, verspricht Giovanoli. Die Eröffnungsfeier, Siegerehrungen und Startlistenauslosungen werden nicht mehr wie 2003 auf dem Schulhausplatz, sondern im historischen Kulm-Park stattfinden. Auf dieser Grünfläche fanden bereits die Olympischen Winterspiele 1928 und 1948 statt. Der unter Denkmalschutz stehende Pavillon wurde eigens für die WM restauriert. Gefeiert wird auch in der Fussgängerzone, wo ein Street Festival mit zahlreichen Programmpunkten über die Bühne gehen wird. Auch die sogenannten Nationenhäuser werden dort stationiert sein. «Es hat alles, damit sich die Fans wohlfühlen», sagt Giovanoli.

OK-Präsident Wetzel ist es allerdings ein Anliegen, dass St. Moritz während der WM nicht zu einer «Festhütte» wie beispielsweise Kitzbühel wird. «Wir wollen die eigene Zielgruppe ansprechen», so Wetzel.

Kaum Sorgen bereiten den Machern derweil die WM-Pisten, die alle Weltcup-erprobt sind. Im Zielgelände auf Salastrains wurde die Infrastruktur verbessert, das Gelände wurde erweitert. Über 120 Container wurden ausserdem gesetzt, und die Tribünenkonstruktion für 5000 Zuschauer steht bereit.

1300 freiwillige Helfer

Mit WM-Botschaftern wie Dario Cologna, Maria Höfl-Riesch, Nino Schurter, Marcel Hirscher, Christian Gross, Nino Niederreiter oder Nicola Spirig rührt das Organisationskomitee derzeit noch die Werbetrommel. «Dann wird mit den 140 000 Fans ein Fest gefeiert», findet Giovanoli.

Die 1300 freiwilligen Helfer wiederum erhalten während der WM im Schulhaus Grevas ein eigenes Zentrum. Dort können sie sich treffen, austauschen und sich auch auf die Olympischen Winterspiele 2026 freuen – falls diese in zehn Jahren tatsächlich in Graubünden und dann natürlich auch in St. Moritz stattfinden werden.

Just während der Ski-WM, am 12. Februar, werden die Bündner über erste Kredite des Millionenprojekts an der Urne befinden. Dass sich das Organisationskomitee der Ski-WM ein klares Ja zu Olympia wünscht, versteht sich von selbst.

Franco Giovanoli,
Direktor der
Ski-Weltmeister-
schaft in St. Moritz,
ist ein Snowboarder
der ersten Stunde.



spricht, wenn es um seinen Job geht. Bereits bei der letzten WM-Austragung vor 13 Jahren stand er, wie auch Martin Berthod, Chef der Rennorganisation, dem Event vor. Von ihrer Erfahrung profitiert jetzt der neue Sportdirektor Franco Giovanoli. Seit 2014 widmet sich der einstige Snowboarder dem 60-Millionen-Event. Schon sein Vorgänger Gian Gilli war

RENÉ WEBER IST SPORTREDAKTOR
DER «SÜDOSTSCHWEIZ»

Das Dorf aus dem Bilderbuch

Streifzug durch den Tessiner Ort Morcote. Die idyllisch gelegene Gemeinde am Luganersee ist zum schönsten Dorf der Schweiz gekürt worden.

GERHARD LOB

Am besten kommt ein Besucher mit dem Linienschiff und bei Sonnenschein. Der Anblick von Morcote ist dann wirklich atemberaubend. Der Ort schmiegt sich am Fusse des Monte Arbostora an den Hang an: alte Fischerhäuser, Patriziervillen, Bootsanlegeplätze, rote Schindeldächer. Darüber thront der sakrale Part des Dorfes mit der Pfarrkirche Santa Maria del Sasso, ihrem charakteristischen Glockenturm, und der auf Terrassen errichtete monumentale Friedhof. Über 404 Treppenstufen gelangt man dorthin. Im Sommer eine schweisstreibende Angelegenheit. Wer noch höher marschiert, trifft Reben an.

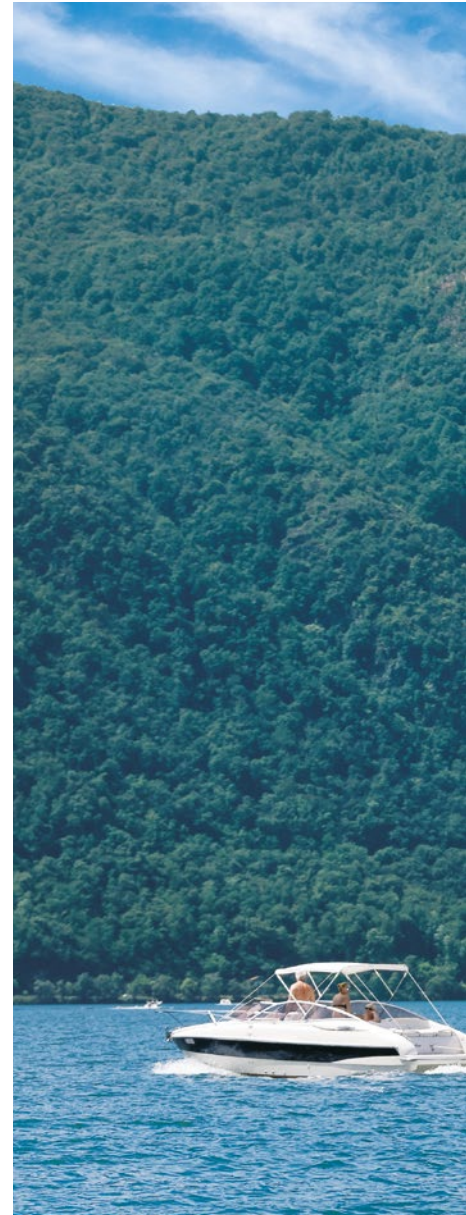
Morcote ist schon lange ein Touristenmagnet. Das Dorf mit seinen verwinkelten Gassen und lauschigen Laubengängen, mit Restaurants am Seeufer und etlichen Sehenswürdigkeiten fasziniert insbesondere Ferien-

Morcote ist die fünfte Gemeinde, die zum schönsten Dorf der Schweiz gewählt worden ist. War der Wettbewerb bis 2014 auf die Romandie beschränkt, können seit 2015 Dörfer aus dem ganzen Land nominiert werden. Deutschschweizer Gemeinden haben es allerdings schwer. Ins Finale schafften es bei der vorigen Ausgabe Dörfer aus dem Wallis, dem Jura und dem rätoromanischsprachigen Graubünden – und bereits 2015 gewann mit Soglio ein Ort am Rande der Schweiz.

gäste aus der deutschen Schweiz und Deutschland. So kam es nicht ganz überraschend, dass Morcote im vergangenen Oktober den Preis als «Schönstes Dorf der Schweiz 2016» gewann, einen Wettbewerb, der von der «Schweizer Illustrierten», der französischsprachigen «L'illustré», der italienischsprachigen Sonntagszeitung «Il Caffè» und der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) lanciert wurde. Angemerkt werden muss, dass bei der Online-Abstimmung einzig Gemeinden mit maximal 3000 Einwohnern berücksichtigt wurden. Morcote zählt knapp 750 Seelen.

Privilegien von einst

Der Ort kann auf eine jahrhundertalte Geschichte zurückblicken. Um 1100 war Morcote Sitz einer Burg zur Überwachung des Seeverkehrs. 1422 erhielt die Gemeinde von den Herzögen von Mailand Privilegien wie Steuererlasse, Selbstverwaltungs-, Fischerei- und Marktrechte. 1517 geriet die Gemeinde unter eidgenössische Herrschaft und wurde der Vogtei Lugano zugeteilt. Handel, Fischerei und Landwirtschaft machten sie reich. Dazu kamen wichtige Einkünfte aus der Künstleremigration. So wie das nahe gelegene Bissone seinen weltberühmten Francesco Borromini hervorbrachte, kann Morcote den Architek-



ten Giuseppe Fossati sein eigen nennen. Dessen letzter Nachfahre, Gaspare Fossati, baute Paläste in Konstantinopel und restaurierte die Moschee Hagia Sophia.

Wohl kaum hätten sich diese Herren die neuste architektonische Erregungenschaft von Morcote vorstellen können, ein gigantisches, in den Berg gebautes Parkhaus auf sieben Stockwerken, das im Dezember 2015 eingeweiht wurde. 300 Stellplätze, davon die Hälfte für die lokale Bevölkerung, die andere Hälfte für Gäste. Damit konnte ein lästiges Problem des Ortes gelöst werden, der Mangel an Parkplätzen. Geblieben ist der Durchgangsverkehr durch die Hauptstrasse, ein Schleichweg vor allem für Grenzgänger während der Stosszeiten. «Geplant ist, dass die Seeuferstrasse zu be-



stimmt Zeiten ganz gesperrt ist und zu einer Fussgängerzone wird», sagt Morcotes Gemeindepräsident Nicola Brivio. Im Moment ist dies noch Zukunftsmusik.

Ein spätherbstlicher Augenschein

«Dieser Ort ist einfach eine Perle», schwärmt ein deutscher Tourist, der im Spätherbst durch die Gassen streift. Allerdings sind in dieser Jahreszeit nur noch wenige Besucher unterwegs. Dies merkt man auch an den Geschäften, die teilweise bis März dicht machen. Der Verkehrsverein hat nur noch morgens geöffnet. «Dank der Auszeichnung kommen jetzt immerhin am Wochenende Leute», sagt die Gerantin des Lebensmittelladens La Botega.

Das «schönste Dorf der Schweiz» im Sommer, vom Luganersee aus gesehen. Der geschichtsträchtige 750-Seelen-Ort Morcote fasziniert vor allem Feriengäste aus der deutschen Schweiz und Deutschland.

Foto Ticino Turismo

Geschlossen hat im Winter auch der eindrückliche, an der Ortsausfahrt Richtung Figino gelegene Parco Scherrer. 1930 hatte Hermann Arthur Scherrer, ein reicher Textilhändler und Kunstliebhaber aus St.Gallen, das Gelände gekauft, um dort einen orientalischen Hanggarten zu verwirklichen. Zwischen Zypressen, Kamelien, Eukalyptus, Zedern, Kampferbäumen, Palmen und Bambus finden sich daher ein siamesisches Teehaus oder ein ägyptischer Tempel en miniature. Ein Besuch dieses Unikums lohnt sich genauso wie eine Erkundung der vielen historischen Baudenkmäler.

Die Auszeichnung als schönstes Dorf der Schweiz hat man in Morcote mit Begeisterung aufgenommen. Die Preisverleihung wurde sogar vom Fernsehen RSI live übertragen. An der

Schönheit des Ortes, der im Schweizer Inventar schützenswerter Ortsbilder (ISOS) enthalten ist, hegt hier niemand Zweifel. Doch gewisse Vorbehalte sind in Bezug auf die praktischen Aspekte des Tourismus zu hören. «Einen Ort wie Morcote als Tourist zu besuchen, ist das eine, hier zu wohnen, etwas anderes», merkt ein Immobilienmakler in den Laubengängen an. Wer im alten Ortskern wohnt, habe keine Möglichkeit, ein Auto zu parkieren. Auch Parabolantennen seien etwa verboten.

Für Sindaco Nicola Brivio sind diese Einschränkungen nicht entscheidend: «In Morcote zu wohnen, ist ein Entscheid für einen bestimmten Lebensstil, nicht für Bequemlichkeit.»

Der Mythen aus australischer Sicht

Die Auslandschweizer Künstlerin Lucienne Fontannaz-Howard wurde an den Vierwaldstättersee eingeladen, um die Berglandschaft rund um Brunnen zu malen. Zuvor hatte sie in ihrer australischen Wahlheimat 50 Gemälde mit demselben Motiv auf Leinwand verewigt – aus dem Kopf und aufgrund von Fotos.

MARKO LEHTINEN

Die Szenerie ist idyllisch: Eine Künstlerin hat ihr Atelier direkt am pazifischen Ozean. Die Sonne scheint, es ist heiss, wie immer. An der Wand hängen aber Fotos und Darstellungen einer ganz anderen Atmosphäre. Statt Meer und Strand sind grüne Wiesen, Wälder und Bergketten zu sehen. Die Landschaft rund um den Ort Brunnen am Vierwaldstättersee, geprägt vom Grossen Mythen, ist in Lucienne Fontannaz' Atelier in Sydney allgegenwärtig. Hier widmet sich die 71-jährige ganz dieser Bilderbuchschweiz, kreiert 50 kleinformatige Gemälde, bevor sie aufbricht, um vor Ort dieselbe Landschaft nochmal zu malen.

Sie ist von der Auslandschweizer-Organisation sowie der Galerie Leewasser und der Stiftung Auslandschweizerplatz als Artist in Residence an den Vierwaldstättersee eingeladen worden – eine inspirierende Erfahrung, wie die Künstlerin im Nachhinein findet.

Frau Fontannaz, bevor Sie das erste Mal in Brunnen waren, malten Sie bereits in Sydney Bilder von der betreffenden Landschaft. Wie ging das vor sich?

Lucienne Fontannaz-Howard: Ich sammelte Postkarten, Broschüren und Bilder aus Büchern und dem Internet. Auf diesen Fotos war der Himmel über Brunnen stahlblau, der See war es auch, und so liess ich mich von dieser Stimmung inspirieren. Ich denke, meine ersten Interpretationen der Landschaft waren poetischer Natur – in Erwartung meines Aufenthalts vor Ort.



Lucienne Fontannaz-Howard stammt ursprünglich aus Bex im Kanton Waadt und wohnt seit 1976 in Sydney, Australien. Sie hat ein Master in Kunstpädagogik, Kunstverwaltung und Bildender Kunst. Sie hat Kunst unterrichtet und als Kuratorin gewirkt, ihre Bilder und Bücher wurden in Kanada, Australien, China und der Schweiz ausgestellt. Die hauptsächliche Inspirationsquelle von Fontannaz' Kunst waren und sind Landschaften – die Küste des Pazifischen Ozeans bei Sydney, die australische Wüste, aber auch Schweizer Landschaften wie die Weiden der Voralpen bei Gruyère oder die Ausblicke auf die Alpen selbst.

Wie weit entsprachen die Gemälde, die Sie in Sydney malten, der Realität, die Sie in Brunnen vorfanden?

Ich legte mich in Australien bewusst auf eine positive Darstellungsweise der Landschaft, in Anlehnung an die Legenden des «Goldenen Zeitalters», fest. Erstaunlicherweise entsprachen die Bilder am Ende ziemlich genau der Realität, die ich vorfand.

Empfanden Sie Brunnen als inspirierend?

Ja, ich war überwältigt von der Aussicht auf die majestätischen Berge. In allen Himmelsrichtungen waren Gipfel von einzigartiger Form zu sehen. Und da waren grüne Weiden, die bis weit hinauf reichten, sowie Wälder bis am Rand des Sees. Und über dieser Szenerie hatte es tatsächlich einen stahlblauen Himmel.

Inwiefern unterschieden sich die in Brunnen gemalten Gemälde von den zuvor in Australien entstandenen Bildern?

Der unmittelbare Blick auf die Landschaft, das Licht zu den verschiedenen Tageszeiten und die Farben, die am Abend vor Sonnenuntergang auftauchten, erlaubten es mir, meine Palette zu erweitern und neue Möglichkeiten der Farbanwendung zu erforschen. Es war eine schöne Erfahrung, die vielen Schattierungen von Gras, Laub und Bäumen zu beobachten. Ich musste bald zusätzliche grüne Stifte kaufen, um diesem farblichen Spektrum gerecht zu werden. Ausserdem lernte ich einiges über die Geschichte von Brunnen – zum Beispiel, dass es früher ein Fischerdorf war. Das inspirierte mich zu Gemälden, die meine enge Begegnung mit diesem besonderen Ort wiedergaben.

Sie hatten bereits Anfang der 90er-Jahre am anderen Ende der Welt Schweizer Berge gemalt. Warum?

Ich wollte in einem gewissen Sinn mein eigenes Gemüt malen und das Wesen der schweizerischen Berge und Seen beschwören. Ich erinnerte mich gut an sie, und sie fehlten mir so sehr. Die Berge, die ich gekannt hatte, fühlten sich immer sehr nahe an. Sie waren fast ein Teil von mir und zogen mich zurück, einladend manchmal, aber sie waren auch unberechenbar, mit einer dunklen Seite an sich. Ich wollte diese Gefühle in meiner Kunst erforschen und ausdrücken.

Das Thema «Berge» hat Sie als Auslandschweizerin nie losgelassen...

Ja, ich vermisse die Alpen, die Bergseen, die Spaziergänge in diesen grossartigen Landschaften zu verschiedenen Jahreszeiten. Wenn die Wolkenformationen am Horizont des Pazifischen Ozeans zu einem fernen Gebirge werden, eindeutig präsent, aber unerreichbar, oder wenn ich im Meer schwimme und hohe Wellen sehe, auf denen Surfer fahren wie Skifahrer im Pulverschnee, ist die Landschaft der eigenen Kindheit allgegenwärtig.

Ein Antikriegsroman, entstanden in General Guisans Hauptquartier

Die endlosen Reis- und Getreidefelder der italienischen Poebene sind der Schauplatz von Orlando Sprengs Heimkehrerroman «Il reduce» von 1941.

CHARLES LINSMAYER

Im Jahr 1936 kehrt ein junger Mann aus Mussolinis Abessinienkrieg in sein Heimatdorf Sesto Cremonese in der Poebene zurück. Rico ist braungebrannt, doch der äussere Eindruck täuscht: Das Entsetzliche, woran er mitschuldig geworden ist, hat den Bauernsohn innerlich verstört und dem früheren Leben entfremdet. Als er bei Daria, der Frau des Beduino, Trost sucht, schlägt der betrogene Ehemann Rico und Daria brutal nieder und verschwindet für immer aus dem Dorf. Rico aber hält das zivile Leben im Dorf nicht mehr aus. Als er nach Afrika zurückkehrt, ist die junge Nera, die ihm von Anfang an die Treue hielt, an seiner Seite.

Die Erzählung besticht durch die Schilderung der cemonesischen Bauernlandschaft, der überfluteten Reisfelder, der endlosen Strassen durch endlose Felder, der schnurgeraden Kanäle und der riesigen, undurchdringlichen Maisfelder, die dem Geschehen einen eigenwilligen Zauber vermitteln.

Ein schreibender Postbeamter

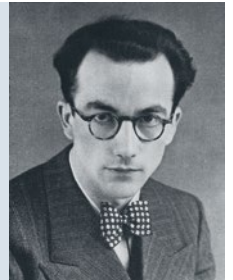
«Il reduce» («Der Heimgekehrte», «L'ancien combattant»), der stillste und eigenwilligste Antikriegsroman der Schweizer Literatur, wurde 1940 im Hauptquartier des Schweizer Generals Henri Guisan in der Nähe von Bern auf einer Militär-Schreibmaschine getippt. Verfasser war der Berner Postbeamte Orlando Spreng, der am 30. Oktober 1908 in eben jenem Sesto Cremonese, in dem sein Roman spielt, als Sohn eines nach Italien ausgewanderten Berner Käsermeisters zur Welt gekommen war. Ab 1914 hatte die Familie in der Schweiz gelebt, war Orlando Postbeamter geworden und hatte er schliesslich in der Berner Kornhauspost eine Stelle angenommen. 1939 machte er mit einer Art Schweizer Schweijk-Roman, «Le recluta Senzapace» («Der Rekrut Senzapace», «Le reclus Senzapace») Furore – der Erzählung über einen gutmütigen, aber tollpatschigen Tessiner

Rekruten namens Senzapace, der als eine Art Kompanie-Trottel zur Gaudi seiner Truppe wurde und schliesslich die ganze Schweiz begeisterte. Sein Bestes aber gab Spreng mit «Il reduce», dem Roman, in den er sein ganzes Heimweh nach dem Jugendland Italien hineinlegte und der das Zeug gehabt hätte, im Zeichen des Neorealismo in Italien zu einem Erfolg zu werden. Aber unter Mussolini hatte da höchstens der «Klassiker» Francesco Chiesa Chancen, während Spreng froh sein musste, dass sein völlig unschweizerisches Buch in Guido Calgaris Heimatbücherreihe «Terra nostra» aufgenommen wurde und in der Übersetzung Jakob Bühlers bei der auf ihre Mitglieder beschränkten «Büchergilde Gutenberg» Gnade fand.

Als die Grenzen wieder offen waren, erinnerte sich niemand mehr an den Schweizer «Heimweh-Italiener» und geriet sein letztes Buch, der bissige Tessin-Roman «Il Lago», der mit den Deutschschweizer «Kolonialisten» abrechnete, in Vergessenheit, bevor er 1952 in der gleichen Heimatbücherreihe erscheinen konnte. Spreng war bereits zwei Jahre zuvor, am 27. Januar 1950, im Ospedale italiano von Viganello im Alter von 41 Jahren jener tödlichen Gehirnblutung erlegen, die er seit Jahren vorausgesehen und in «Il Lago» auch thematisiert hatte.

BIBLIOGRAFIE: Auf Deutsch ist «Der Heimgekehrte» in der Übersetzung von Jakob Bühler und mit einem Nachwort von Charles Linsmayer als Band 2 der Edition «Reprinted by Huber» greifbar.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST



«Kannst du mir sagen, fuhr die Alte fort, warum dieser Krieg sein musste? Alle Kriege? Warum tötet man, wenn jeder Mann, auf der einen und auf der andern Seite, seine Mutter hat, seine Frau, seine Familie? Ein wenig Land ist nicht einen Tropfen Blut eines Menschen wert!»

(Orlando Spreng: «Der Heimgekehrte», Verlag Huber, Frauenfeld 1988, S. 204)

Die neue Serie: Spiegelungen des Andern im Eigenen

In seiner neuen Literaturreihe stellt Charles Linsmayer Schweizer Autorinnen und Autoren vor, die in ihrem Werk fremde Länder und Städte spiegeln. Sei es als verlorene Heimat, als Sehnsuchtsland oder als exotisches Faszinosum. Das Spektrum reicht von Hamo Morgenthalers Indonesien über Daniel de Roulets New York bis zu Corinna Billes Sommeridyll Le Pradet bei Toulon.



100-Jahre-Jubiläum der Stiftung für junge Auslandschweizer

Seit dem Jahr 1917 gibt es nun schon die Stiftung für junge Auslandschweizer (kurz SJAS). Angefangen hat alles unter dem Namen «Schweizerhilfe», die sich dafür einsetzte, Auslandschweizer Kinder aus den Kriegsgebieten in Schweizer Familien unterzubringen, damit sie sich vom Kriegsgeschehen erholen konnten. Später wurde der Handlungsschwerpunkt von Familienunterbringungen zugunsten von Ferienlagern verlagert. Somit setzt sich die SJAS weiterhin für die Auslandschweizer Kinder ein, damit diese den Bezug zu ihrem Ursprungsland – unabhängig der finanziellen Situation der Familie – weiterhin aufrechterhalten können.

Fürs 100-Jahre-Jubiläum hat die SJAS einige Überraschungen bereit. Das beliebteste und zugleich älteste Angebot wird zur Feier gleich zweimal durchgeführt: die Schweizer Reise. Während zehn Tagen reisen die Auslandschweizer Kinder quer durchs Land, um die landschaftliche und kulturelle Vielfalt der Schweiz näher kennenzulernen. Neben diesen beiden Angeboten gibt es wieder sieben weitere Sommerlager an verschiedenen Orten der Schweiz. In diesen Lagern werden Sehenswürdigkeiten besichtigt, auf kleinen Wanderungen Seen, Berge, Flüsse, Landschaften entdeckt und auch Städte besucht. Es wird auch Tage geben, an denen wir beim Lagerhaus bleiben. Dann stehen Spiel und Sport und verschiedene Workshops im Vordergrund. Natürlich werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch Gelegenheit haben, viel Wissenswertes über die Schweiz zu erfahren.

In Zusammenarbeit mit dem Circolino Pipistrello bietet die SJAS ausserdem ein Zirkus-Jubiläumslager an. Im Mitspielzirkus Circolino Pipistrello entwickeln Auslandschweizer und Inlandschweizer Kinder gemeinsam, unter der Leitung erfahrener Zirkuspädagoginnen und -pädagogen, eine Zirkusgala zum Thema «100 Jahre SJAS: Zuhause in der Schweiz – Zuhause in der Welt».

Das Zusammensein mit Teilnehmenden aus anderen Ländern und der Austausch über Sprach-, Kultur- und Landesgrenzen hinweg ist eine einmalige

Gelegenheit, um neue Freundschaften zu knüpfen und Unvergessliches zu erleben!

Für diese insgesamt neun Sommerlager gibt es immer noch freie Plätze. Anmelden kann man sich unter <http://sjas.ch/de/ferienlager/>. Auf Anfrage stellen wir Ihnen unsere Informationsbroschüre mit der Angebotsübersicht gerne auch per Post zu.

Die Stiftung hat einen Fonds eingerichtet, welcher es bedürftigen Familien erlaubt, einen finanziellen Zustupf an die Lagerkosten ihrer Kinder zu erhalten. So will die SJAS Familien ermutigen, sich bei ihr zu melden, um es auch ihren Kindern zu ermöglichen, an einem solch speziellen Erlebnis teilnehmen zu können. Das entsprechende Formular kann auf dem Anmeldeformular bestellt oder auf unserer Homepage heruntergeladen werden:

<http://sjas.ch/de/ferienlager/reduktion>.

Wir erteilen Ihnen gerne weitere Auskünfte und freuen uns auf einen tollen Jubiläumssommer!



Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondation pour les enfants suisses à l'étranger
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero
Fundaziun per giuovens svizzers a l'ester

Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS)
Alpenstrasse 26
CH 3006 Bern
Telefon: +41 31 356 61 16
Fax: +41 31 356 61 01
E-mail: info@sjas.ch
www.sjas.ch

Ausbildung in der Schweiz

Das Team von *educationsuisse* berät und unterstützt jedes Jahr zahlreiche junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sowie Schülerinnen und Schüler einer Schweizerschule im Ausland, die in der Schweiz ihre Ausbildung absolvieren möchten. Unsere Mitarbeiterinnen informieren und beraten sie rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz». Sie bieten eine Übersicht über die möglichen Ausbildungsgänge und beantworten Fragen wie zum Beispiel über die Zulassungsbedingungen der Universitäten, Sprachkenntnisse, Suche einer Lehrstelle, mögliche Stipendien, Versicherungen, Unterkunft und vieles mehr.

Im Weiteren bietet *educationsuisse* in Zusammenarbeit mit dem BIZ (Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung) Bern-Mittelland Beratungen zur Berufs- und Studienwahl an. Diese Gespräche erfolgen mit qualifizierten Fachpersonen des BIZ und können in verschiedenen Sprachen via Skype oder in Bern durchgeführt werden. *Educationsuisse* hat auch die Möglichkeit, dank verschiedenen Fonds kleine Zusatzstipendien oder Darlehen zu vergeben. Seit dem Ausbildungsjahr 2016/17 steht neu auch ein Fonds der «Gazzetta Svizzera» zur Verfügung, der sich speziell an junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wendet, die in Italien aufgewachsen sind und sich in der Schweiz in Ausbildung befinden.

Besuchen Sie unsere Webseite www.educationsuisse.ch/de/ausbildung-schweiz oder kontaktieren Sie uns direkt via E-Mail oder telefonisch. Auf Voranmeldung sind auch Beratungsgespräche in Bern möglich. Unsere Mitarbeiterinnen sprechen Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch und Spanisch.



educationsuisse – Ausbildung in der Schweiz
Alpenstrasse 26
3006 Bern, SCHWEIZ
Telefon +41 31 356 61 04
info@educationsuisse.ch

ASO-Ratgeber

Wir haben vor, mit unseren geliebten Haustieren – Hund und Katze – in die Schweiz zu ziehen. Wo finden wir Informationen, ob die beiden Haustiere in der Schweiz einreisen dürfen?

Bei einer Einreise in die Schweiz lässt sich das Übersiedlungsgut (Hausratsgegenstände, Kleider, Bilder, Wertsachen usw.) zollfrei einführen, wenn Sie Ihren Wohnsitz in die Schweiz verlegen. Für Haustiere gelten Sonderbestimmungen betreffend Zolleinfuhr, wie zum Beispiel bezüglich tierärztlicher Untersuchungen, Impfungen oder Seuchenvorsorge. Bei Pflanzen und Tieren gibt es zudem Artenschutzbestimmungen. Sie finden alle Informationen und Merkblätter auf der Webseite der Eidgenössischen Zollverwaltung: www.zoll.admin.ch > Rubrik Information Private > Rubrik Tiere und Pflanzen.

Wenn Sie den Link «Mit Hund, Katze oder Frettchen über die Grenze» anwählen, werden Sie auf die Seite des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen umgeleitet. Dort können Sie mittels individuellen Angaben (Tierart, Alter, Land, aus welchem Sie einreisen) direkt zu den entsprechenden Bestimmungen für Ihre Situation gelangen.

Wir empfehlen Ihnen, bei der Auskunftszentrale Schweiz der Eidgenössischen Zollverwaltung nachzufragen, wie das genaue Vorgehen ist:

Eidgenössische Zollverwaltung EZV

3003 Bern

Telefon: +41 58 467 15 15

www.zoll.admin.ch > Rubrik Kontakt

RECHTSDIENST ASO

Der Rechtsdienst der ASO erteilt allgemeine rechtliche Auskünfte zum schweizerischen Recht, insbesondere in den Bereichen, die Auslandschweizer betreffen. Er gibt keine Auskünfte über ausländisches Recht und interveniert auch nicht bei Streitigkeiten zwischen privaten Parteien.

IMPRESSUM: «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 43. Jahrgang in deutscher, französischer, italienischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 400 000 Exemplaren (davon Online-Versand:

165 000). Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.
REDAKTION: Marko Lehtinen (LEH), Chefredaktor; Marc Lettau (MUL);

Stéphane Herzog (SH); Jürg Müller (JM); Peter Zimmerli (PZ), Auslandschweizerbeziehungen EDA, 3003 Bern, verantwortlich für «news.admin.ch».
ÜBERSETZUNG: CLS Communication AG
GESTALTUNG: Joseph Haas, Zürich
POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
Tel. +41 31 356 61 10,
Fax +41 31 356 6101, PC 30-6768-9.
e-mail: revue@aso.ch
DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen.

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer

erhalten das Magazin gratis. Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.-/Ausland: CHF 50.-). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt. www.revue.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe: 16.11.2016

ADRESSÄNDERUNG: Bitte teilen Sie Ihre neue Adresse Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit.



Jugendangebote Sommer 2017

Unterhaltung, Naturerlebnisse, Spass und Abenteuer in der Schweiz – genau das bieten dir die Sommerlager des Jugenddienstes der ASO auch dieses Jahr. Ausserdem kannst du deine Sprachkenntnisse in Deutsch und/oder Französisch aufbessern oder Bildungsferien im Seminar zum Kongress machen. Wir bieten dir ein vielseitiges und abwechslungsreiches Programm.

Zwei Freizeitcamps in Leysin und eines in La Punt

Die Freizeitlager kommen neu noch abwechslungsreicher daher. Es wird nicht alleine der Sport im Zentrum stehen, sondern dich erwartet auch viel Kulturelles. Das Beste daran: Du kannst das Programm teilweise nach deinen Vorlieben selbst zusammenstellen und so noch mehr Spass erleben!

Sport- und Freizeitcamp 18+ in Sörenberg

Unser diesjähriges Sport- und Freizeitcamp in Sörenberg richtet sich an junge Erwachsene ab 18 Jahren. Wir verbringen die Tage in der Moorlandschaft der Entlebucher Unesco-Biosphäre. Die Region bietet viele Möglichkeiten, verschiedene Sportarten, aber auch Kultur zu erleben.

Outdoor-Camp

Du liebst die Natur und bist draussen zu Hause? Zwei Wochen Abenteuer warten auf dich! Du verbringst eine unvergessliche Zeit und lernst die Schweizer Natur mit all ihren Facetten kennen. Angeleitet von einem erfahrenen Leitungsteam lernst du, in der freien Natur und ohne Luxus zu überleben.

Entdecke die Schweiz extended

Du möchtest deine Ferien in der Schweiz verbringen und die Städte und Bergregionen bereisen? Dann ist dieses Angebot genau das Richtige für dich. Du gastierst während zwei Wochen in einer Gastfamilie und lernst jeden Tag eine andere Stadt oder Region näher kennen. «Entdecke die Schweiz extended» bringt dich einmal quer durch die Schweiz.

Sommersprachkurse Deutsch und Französisch

Unsere Deutsch- und Französisch-Kurse richten sich sowohl an Anfänger sowie an Fortgeschrittene. Zusätzlich zum Basiskurs kannst du dich für die Fokusgruppe (acht Zusatzlektionen) anmelden. Am Nachmittag bieten wir dir jeweils ein Freizeitprogramm an. Unsere aufgeschlossenen Gastfamilien heissen dich willkommen und lassen dich am schweizerischen Alltag teilhaben.

Seminar zum Kongress in Basel

Der diesjährige Kongress in Basel beschäftigt sich mit dem Thema «Inland- und Auslandschweizer: eine Welt». Der Schwerpunkt setzt dabei auf den Dialog zwischen Inland- und Auslandschweizern. Eine Woche mit vielen spannenden Begegnungen und ein abwechslungsreiches Programm erwarten dich.

Melde dich jetzt an!

Alle Infos und Anmeldungen unter www.aso.ch und www.swisscommunity.org

Im Ausland das Schweizer Bürgerrecht erwerben

Für im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer, die eine ausländische Person geheiratet haben, gilt im Hinblick auf die erleichterte Einbürgerung des Ehepartners oder der Ehepartnerin ab dem 1. Januar 2018 das neue Bürgerrechtsgesetz. Wer im Ausland lebt, soll sich auch künftig erleichtert einbürgern lassen können. Die Voraussetzungen dazu haben sich jedoch in einigen Punkten geändert.

Derzeit werden pro Jahr rund 11 000 Personen erleichtert eingebürgert. Davon leben rund 2000 Personen im Ausland. Es handelt sich in erster Linie um ausländische Ehegatten oder Ehegattinnen von Schweizerinnen oder Schweizern, die sich vor allem aufgrund ihres familiären Umfelds auch im Ausland eng mit der Schweiz verbunden fühlen. Sie unterhalten regelmässigen Kontakt zu Schweizerinnen oder Schweizern und halten sich öfters in der Schweiz auf.

Integration

«Ziel ist es, Personen einzubürgern, die gut in der Schweiz integriert sind», sagte Bundesrätin Simonetta Sommaruga anlässlich der Parlamentsdebatte zum neuen Bürgerrechtsgesetz. Bereits im geltenden Recht wird eine gute Integration vorausgesetzt. Im neuen Gesetz wird jedoch noch deutlicher hervorgehoben, was darunter zu verstehen ist. Dafür sind mit Blick auf ein besseres Verständnis die Integrationskriterien in der neuen Verordnung konkretisiert worden. Diese Integrationskriterien müssen «sinngemäss» auch von den Bewerberinnen und Bewerbern, die im Ausland leben, erfüllt werden. Diese sinngemässe Anwendung bedeutet, dass Auslandsgesuche gleich zu behandeln sind wie Gesuche um erleichterte Einbürgerung aus der Schweiz. Die Verhältnisse im Ausland dürfen jedoch nicht in jedem Fall unmittelbar mit jenen in der Schweiz gleichgesetzt werden.

Gesuchstellung

Ehepartnerinnen und -partner von Schweizer Staatsangehörigen müssen während mindestens sechs Jahren in ehelicher Gemeinschaft leben und mit der Schweiz eng verbunden sein. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so kann ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung bei der zuständigen schweizerischen Vertretung eingereicht werden. Die Einbürgerungsgebühren des Staatssekretariats für Migration (SEM) müssen wie bisher bei der Gesuchstellung bezahlt werden. Im Falle einer Ablehnung der Einbürgerung wird die Gebühr jedoch nicht mehr zurückerstattet. Die schweizerische Vertretung klärt in einem



Gespräch mit der einbürgerungswilligen Person ab, wie vertraut sie mit der Schweiz ist und erstellt zuhanden des SEM einen Bericht. Anschliessend prüft das SEM, ob alle Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt sind, holt Referenzauskünfte ein und erteilt bei einem positiven Entscheid das Schweizer Bürgerrecht.

Enge Verbundenheit mit der Schweiz

Die «enge Verbundenheit mit der Schweiz» als Einbürgerungsvoraussetzung spielt besonders bei Auslandsgesuchen eine zentrale Rolle. Mit dem neuen Gesetz sind die entsprechenden Anforderungen etwas erhöht worden. Eine einbürgerungswillige Person muss sich in den letzten sechs Jahren vor Gesuchstellung mindestens dreimal für je mindestens fünf Tage in der Schweiz aufgehalten haben. Weiter müssen Referenzen von in der Schweiz wohnhaften Personen vorliegen, welche die einbürgerungswillige Person persönlich kennen und deren Aufenthalte in der Schweiz bestätigen können. Ferner wird in der Regel das Bestehen eines Tests über Grundkenntnisse der geographischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz verlangt. Zudem muss die einbürgerungswillige Person Kontakte zu Schweizerinnen und Schweizern pflegen und über

HELPLINE EDA

☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
 E-Mail: helpline@eda.admin.ch
 Skype: helpline-eda

Reisehinweise

www.eda.admin.ch/reisehinweise
 ☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
www.twitter.com/travel_edadfae

itineris

Online-Registrierung für Schweizerinnen und Schweizer auf Auslandsreisen
www.eda.admin.ch/itineris



Plane gut.
Reise gut.

Die kostenlose App für iOS und Android

gute Kenntnisse einer Landessprache verfügen. In der Verordnung zum Bürgerrecht wurde darauf verzichtet, ein Sprachniveau festzulegen. Wie bereits heute werden die Sprachkompetenzen von der zuständigen Schweizer Vertretung anhand eines persönlichen Gesprächs beurteilt.

Fazit

Ausländerinnen und Ausländer, die sich aufgrund ihres familiären Umfelds auch im Ausland eng mit der Schweiz verbunden fühlen, können sich auch mit dem neuen Gesetz erleichtert einbürgern lassen. Die Voraussetzungen für Gesuche aus dem Ausland sind aber punktuell verschärft worden. Wer sich aus dem Ausland erleichtert einbürgern lassen möchte, sollte sich frühzeitig bei der zuständigen Schweizer Vertretung über das Vorgehen informieren. Weitere Informationen zum Thema: www.sem.admin.ch > Einreise & Aufenthalt > FAQ > Schweizer Bürgerrecht / Einbürgerung > Fragen zum neuen Recht.

Weitere Neuerungen zur Wiedereinbürgerung

Neu wird für Gesuche aus dem Ausland um Wiedereinbürgerung die enge Verbundenheit mit der Schweiz vorausgesetzt. Dies stellt gegenüber der heutigen gültigen Regelung eine Verschärfung dar. Liegt der Verlust des Bürgerrechts länger als zehn Jahre zurück, kann die einbürgerungswillige Person die Wiedereinbürgerung nur beantragen, wenn sie sich drei Jahre in der Schweiz aufgehalten hat. Bislang konnte sich ein Kind, dessen Grossmutter das Schweizer Bürgerrecht besass, erleichtert einbürgern lassen. Das Kind aus der Ehe einer Schweizerin mit einem Ausländer, dessen Mutter vor oder bei der Geburt des Kindes das Schweizer Bürgerrecht besass, kann ein Gesuch um erleichterte Einbürgerung einreichen. Auch in diesem Fall muss das Kind mit der Schweiz eng verbunden sein. Eine erleichterte Einbürgerung wird künftig jedoch nicht mehr möglich sein, wenn lediglich die Grossmutter oder die Urgrossmutter Schweizer Bürgerin war.

Hinweise

Melden Sie Ihrer schweizerischen Vertretung Ihre E-Mail-Adresse(n) und Mobiltelefon-Nummer(n) und/oder deren Änderungen und registrieren Sie sich bei www.swissabroad.ch, um keine Mitteilung (Schweizer Revue, Newsletter Ihrer Vertretung usw.) zu verpassen. Die aktuelle Ausgabe der «Schweizer Revue» sowie die früheren Nummern können Sie jederzeit über www.revue.ch lesen und/oder ausdrucken. Die «Schweizer Revue» (bzw. die «Gazzetta Svizzera» in Italien) wird kostenlos als Druckausgabe oder elektronisch (via E-Mail) allen Auslandschweizer-Haushalten zugestellt bzw. als iPad-/Android-App zur Verfügung gestellt.

Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Peter Zimmerli, Auslandschweizerbeziehungen
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
Telefon: +41 800 24 7 365 oder +41 58 465 33 33
www.eda.admin.ch, mail: helpline@eda.admin.ch

Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt. Am 12. Februar 2017 kommen die folgenden Vorlagen zur Abstimmung:

- Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration
- Bundesbeschluss vom 30. September 2016 über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr
- Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III)

Die weiteren Abstimmungstermine im 2017: 21. Mai, 24. September, 26. November

Alle Informationen zu den Vorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates, Vote électronique etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen.

Volksinitiativen

Die folgende eidgenössische Volksinitiative wurde bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (29.5.2018)

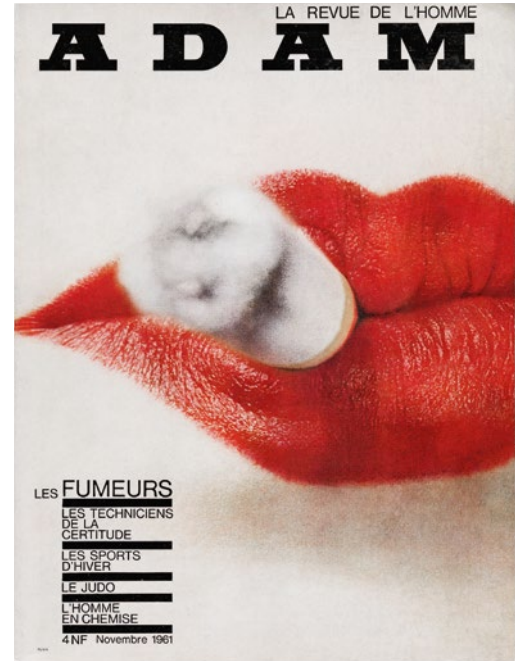
Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Aktuell > Wahlen und Abstimmungen > Hängige Volksinitiativen



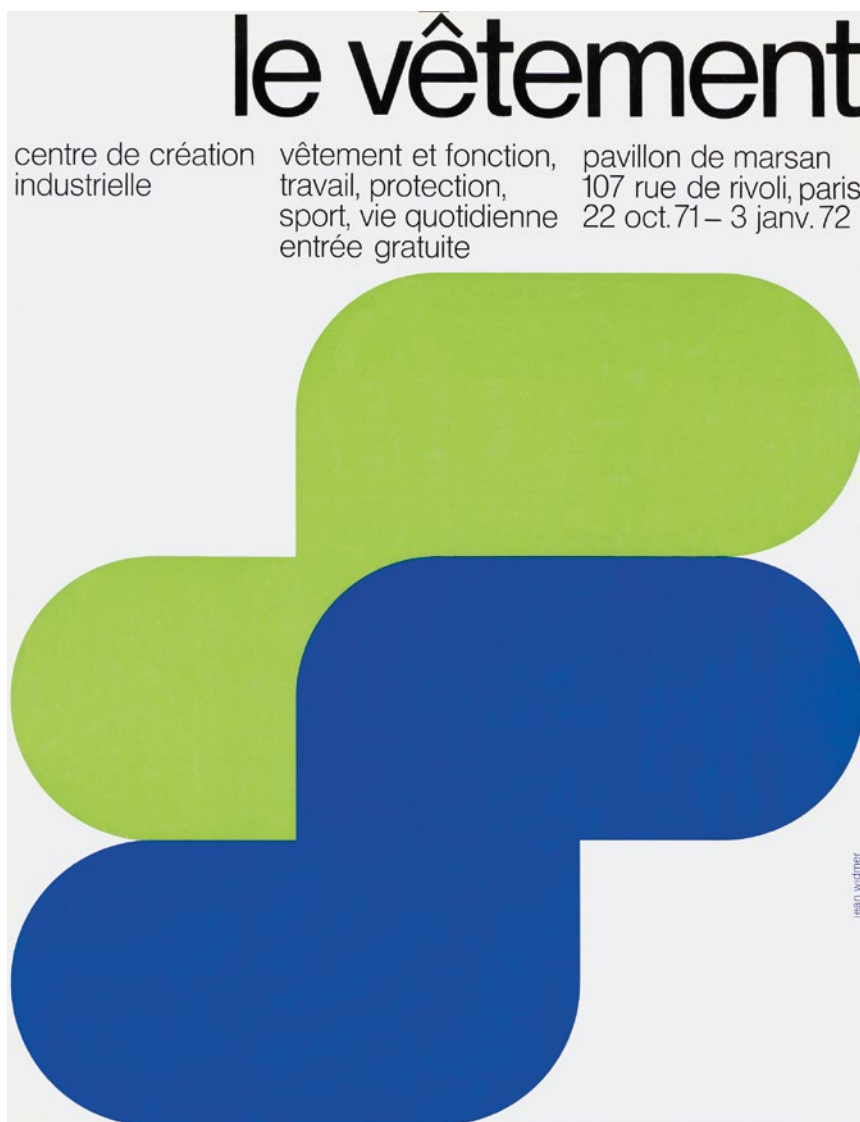
Die Schweizer in Paris

In den Jahrzehnten nach 1950 zogen viele Schweizer Grafiker und Typografen nach Paris, um die gestalterische Landschaft der Metropole umzukrempeln und bis heute zu prägen. Schriftzüge für die Metro, Titelbilder für Magazine, Design für Parfumflaschen – die Ausstellung «Les Suisses de Paris» widmet sich ganz den erfolgreichen Schweizer Gestaltern an der Seine. LEH

Die Ausstellung «Les Suisses de Paris» im Museum für Gestaltung in Zürich dauert bis zum 19. März 2017. www.museum-gestaltung.ch



Ein Umschlag von Friedrich Schrag's Männermagazin «Adam» aus dem Jahr 1961.



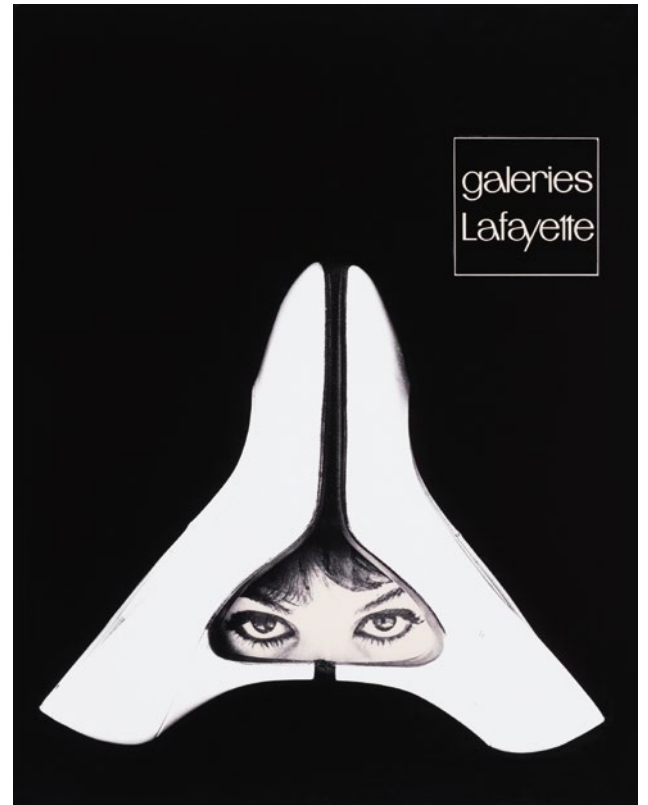
Ein Ausstellungsplakat des Centre de Création Industrielle von 1971, entworfen von Jean Widmer. Er realisierte später auch das Erscheinungsbild des Centre Georges Pompidou.



Duftendes Design: Fred Rawyler gestaltete 1977 dieses Parfumflacon für Courrèges.



Bruno Pfäffli's Weiterentwicklung von Adrian Frutigers Schriftfamilie «Univers». Pfäffli arbeitete ab 1961 in dessen Atelier.



Zu Beginn seiner Karriere arbeitete Jean Widmer für die Galeries Lafayette, für die er 1959 dieses Werbeinserat entwarf.



Der bekannte Schweizer Typograf Adrian Frutiger designte 1973 die Signalisationen für die Pariser Metro.



Ein Werbeinserat von Bruno Suter aus dem Jahr 1990. Der Schweizer Gestalter lancierte auch Kampagnen für Benetton und Hermès.



Eine Einladungskarte der besonderen Art entwarf Fred Rawlyer im Sommer 1967 für die Modeschau der Kollektion Indreco.

Wanderfreudig und weltoffen



RUDOLF WYDER:
«Globale Schweiz:
Die Entdeckung der
Auslandschweizer»,
Stämpfli Verlag, Bern 2016,
256 Seiten, CHF 34.–

Migration und Mobilität sind dominierende Themen der Gegenwart. Mehrere Zehntausend Schweizerinnen und Schweizer verlassen jährlich das Land, etwa gleich viele kommen wieder zurück. Die Eidgenossen gehören gar «zu den wanderfreudigsten Zeitgenossen», schreibt Rudolf Wyder in der Einleitung seines Buches «Globale Schweiz: Die Entdeckung der Auslandschweizer». Und es ist gar nicht so lange her, als der Staat froh war, wenn möglichst viele gingen und nicht mehr wiederkamen: Staatliche Auswanderungsförderung war noch in den Dreissigerjahren des letzten Jahrhunderts ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit.

Diese und viele andere spannende Zusammenhänge rund um das Verhältnis der Schweiz zu ihren Ausgewanderten schildert Wyder in seinem Buch, das zum 100-Jahre-Jubiläum der Auslandschweizer-Organisation (ASO) erschienen ist. Nicht abenteuerliche Auswanderergeschichten stehen dabei im Zentrum. Der Autor, ASO-Direktor von 1987 bis 2013, bietet klassische Geschichtsschreibung, geht chronologisch und thematisch vor.

Erstmals in dieser Breite werden auch die politischen Präferenzen der Expats aufgrund von repräsentativen Umfragen und Analysen des Wahl- und Abstimmungsverhaltens dokumentiert. Augenfällig ist gemäss Wyder «die offenere Haltung bei spezifisch aussenpolitischen Geschäften und bei Vorlagen, welche die Rolle und das Bild der Schweiz in der Welt betreffen». Deutlich über dem Durchschnitt liege die Zustimmung etwa beim ersten Paket sektorieller Abkommen mit der EU im Jahr 2000 oder der Beteiligung an den Abkommen von Schengen und Dublin 2005. Besonders bemerkenswert: «Die Initiative gegen Masseneinwanderung von 2014 wird von den Auslandschweizern in allen acht Kantonen, die bekannt geben, wie diese gestimmt haben, mit durchschnittlich zwei Dritteln der Stimmen abgelehnt». Bei Fragen rund um Öffnung und internationales Engagement der Schweiz votieren die Stimmenden im Ausland also markant positiver als der schweizerische Durchschnitt. Mehr noch: «In Wahlen schneiden Parteien, die sich für internationale Präsenz und Partizipation offen zeigen, bei Auslandschweizern entsprechend besser ab. Das Stimm- und Wahlverhalten der Auslandsbürger deckt sich praktisch mit dem Votum urbaner Gebiete im Inland», schreibt der Autor.

Rudolf Wyder hat ein Standardwerk über die Schweizer Migrationsgeschichte geschrieben und damit die grosse Bedeutung helvetischer Auswanderung im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts ins Bewusstsein gerückt.

JÜRGEN MÜLLER

Gedanken eines Familienvaters



ADRIAN STERN:
«Chumm mir singed
die Songs wo mir liebed
und tanzed mit ihne dur
d'Nacht»,
Sony Music, 2016.

Adrian Stern wirkte immer wie ein unbeschwerter Jungspund, der mit einem Lächeln durchs Leben geht und dabei so liebenswert ist, dass man ihm seine chronische Unbedarftheit gar nicht übel nehmen mag. Heute ist der Sänger 41 Jahre alt, und irgendwie sieht er immer noch aus wie der freundlich lächelnde Jüngling von früher. Aber seinen neuen Texten hört man an, dass ihn die Fragen eines allmählich in die Jahre gekommenen Familienvaters beschäftigen.

Das neue Album von Adrian Stern trägt den langen Titel «Chumm mir singed die Songs wo mir liebed und tanzed mit ihne dur d'Nacht» – und die Songs darauf beschäftigen sich nicht primär mit nächtlichen Tänzen zur Lieblingsmusik, sondern mit Verantwortung, Partnerschaft, Zweifel, dem Älterwerden und den dazugehörenden Anflügen einer ersten Midlife-Crisis.

Vor 13 Jahren, auf seinem Debüt «Stern», sang der Badener noch flockig-schöne Liebeslieder. Später, etwa auf seinem vierten Album «Herz», das mit Doppelplatin ausgezeichnet wurde, kamen die typischen Fernwehlieder eines Nicht-mehr-ganz-Jungen, der noch immer die Welt erspüren möchte, dazu.

Dann gründete Adrian Stern eine Familie und schrieb 2013 auf dem Werk «1+1» ernsthaftere Lieder. Diese standen dem Mundart-sänger gut. Und so ist es erfreulich, dass er seine textliche Linie auch auf dem neusten Album beibehalten hat. Die zwölf Lieder von «Chumm mir singed...» sind von einer authentischen Reife geprägt, von Gedanken, die sich ein über 40-jähriger musizierender Vater von zwei kleinen Kindern macht: In «Älter» fragt sich der Sänger, ob er seiner Rolle im Leben gerecht werden kann, und sein ganzes Tun überhaupt Sinn macht. In «Irgendwie» besingt er die beklemmende Unsicherheit, die einen befällt, wenn sich die Partnerschaft im Lauf der Zeit und mit den Kindern verändert. Daneben gibt es aber auch andere Themen – wie etwa die Liebe zur Heimatstadt Baden, die in «Chlini Stadt und wildi Ross» in schöne Worte gefasst ist.

Musikalisch bleibt Adrian Stern dem von der akustischen Gitarre getragenen, eingängig-melodiosen Mundartpop seiner letzten Alben treu. Ergänzt wird der Sound jedoch neu von elektronischen Klängen. Diese verleihen den reifen Liedern des ehemaligen Jungspunds einen interessanten Farbtupfer.

MARKO LEHTINEN

Markus Seiler



Wie stellt man sich den Chef eines Geheimdienstes vor? Vermutlich hat er kalte, undurchdringliche Augen und eine starre Mimik. Noch wahrscheinlicher ist aber, dass man ihn gar nie erst zu sehen bekommt. Der gesichtslose mächtige Mann im Hintergrund bietet viel Raum für paranoide Fantasien und Verschwörungstheorien – auch in der Schweiz. Und so zeigt sich der Direktor des schweizerischen Nachrichtendienstes neuerdings öfter an der Öffentlichkeit.

Markus Seiler verteidigte vor der Abstimmung zum neuen Nachrichtendienstgesetz zuerst in der «Arena» die Vorlage, welche dem Dienst weitreichende Befugnisse einräumt – ruhig, aber bestimmt und vor allem mit Erfolg: Das Schweizer Volk sprach ihm sein Vertrauen aus und nahm das neue Gesetz an. Danach informierte der 48-jährige Thurgauer in den Medien erstaunlich ausführlich und offen über die Aufgaben und den Alltag seines Teams im Kampf gegen Terror und Rechtsextremismus.

Natürlich lassen diese ungewohnte Zugänglichkeit, die besondere Art und der manchmal treuherzige Blick des trockensten, aber sympathischen Direktors nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch künftig niemand in der Bevölkerung genau wissen wird, was der NDB hinter den Kulissen tut. Das liegt in der Natur der Sache. Aber Markus Seiler, Staatswissenschaftler und vierfacher Familienvater, hat es geschafft, dem Nachrichtendienst im vergangenen Jahr ein Gesicht zu geben. Und wie es scheint, hat er damit einen kleinen Beitrag dazu geleistet, dass der NDB immerhin ein Spürchen näher ans Volk gerückt ist.

MARKO LEHTINEN

Schweizer sind die Reichsten

In keinem anderen Land der Welt sind die Menschen im Schnitt so reich wie in der Schweiz. Das Privatvermögen beträgt im Durchschnitt 561 900 Dollar (umgerechnet rund 568 000 Franken). Das ist der Höchstwert, gefolgt von Australien, den USA und Norwegen. Insgesamt besitzen die Schweizer Privatpersonen 3,5 Billionen Dollar. Sie stellen nur 0,1 Prozent der Weltbevölkerung, verfügen aber über 1,4 Prozent des globalen Vermögens. Und es soll noch besser werden: Laut Prognose soll das Durchschnittsvermögen bis 2020 auf 606 000 Dollar anwachsen. Diese Zahlen stammen aus dem neusten «Global Wealth Report» des Credit Suisse Research Institute.

Polizei will Reisen verdeckt verfolgen

Die Reisen von potenziellen Terroristen sollen vom Bundesamt für Polizei künftig verdeckt registriert werden können. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats hat eine entsprechende Motion aus dem Nationalrat einstimmig unterstützt. Ziel ist es, die Reisebewegungen von Personen ohne deren Wissen im Rahmen des Schengener Informationssystems verfolgen zu können. Der Bundesrat hat die Arbeiten dazu bereits eingeleitet. Von Januar bis Ende Oktober 2016 hat das Bundesamt gegen 26 Dschihadisten ein Einreiseverbot verhängt.

Basel propagiert saubere Wärme

In Basel-Stadt soll ab 2050 möglichst nicht mehr mit Öl oder Gas geheizt werden. Der Grosse Rat des Stadtkantons hat eine entsprechende Revision des Energiegesetzes mit grossem Mehr verabschiedet. Ursprung der Revision war neben der Energiestrategie des Bundes die Initiative «Basel erneuerbar», die vor zwei Jahren eingereicht wurde. Die Initiative wollte in der Kantonsverfassung festschreiben, dass der Energieverbrauch ab 2050 «grundsätzlich auf Basis von nachhaltigen, erneuerbaren Energien gedeckt» wird. Das hätte auch die Verkehrsmittel mit eingeschlossen. Dass nun auf Gesetzesstufe Benzin und Diesel für Fahrzeuge ausgeklammert sind, ist eine der markantesten Anpassungen der Gesetzesrevision.

Freiwillige lösen 5751 Rätsel

Die Bibliothek der ETH in Zürich besitzt rund drei Millionen Fotos, darunter das ehemalige Swissair-Archiv. Vor allem die Pressebilder sind aber kaum beschriftet. Deshalb haben sich die Verantwortlichen der Bibliothek via Crowdsourcing geholfen. Hunderte von Freiwilligen haben mit ihrem jeweiligen Wissen geholfen, die Informationen zu verbessern oder die Fotos überhaupt einzuordnen. Bis vergangenen November gingen so über 8000 Hinweise ein. 5751 Bild-Informationen konnten am Ende markant aufgewertet werden.



Schweiz.
ganz natürlich.

#VERLIEBTINDIESCHWEIZ
weil man alles kann, aber nicht muss.



Corvatsch, Graubünden, © Stephan Schrachler

Jetzt buchen und sich verlieben auf [MySwitzerland.com/winter](https://www.Myswitzerland.com/winter) oder unter **00800 100 200 30**